

Entwurf

einer

# Gebühren-Taxe

für die

Advokaten, Prokuratoren und Notare

des

Herzogthums Braunschweig.

---

Braunschweig,

Druck und Papier von Friedrich Vieweg und Sohn.

1847.

2301 533

UB Braunschweig

84



2301-533-1

Entwurf

einer

# Gebühren-Taxe

für die

Advokaten, Procuratoren und Notare

des

Herzogthums Braunschweig.

---

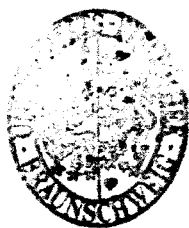
Der volle Ertrag dieser Schrift ist den Hinterbliebenen  
Karl Steinacker's bestimmt.

---

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1847.



Der Aufforderung des Herzoglichen Staatsministeriums gemäß hatte, wie sich aus den Motiven ausführlicher ergibt, eine von dem hiesigen Advokatenstande ernannte Kommission den Entwurf einer Taxe ausgearbeitet und, da solcher in einer Generalversammlung berathen werden sollte, zunächst als Manuscript für die Kollegen im hiesigen Lande drucken lassen.

Die allgemeine Theilnahme, die Steinacker's Hinterbliebene finden und verdienen, erzeugte, da dieser Entwurf auch außerhalb unseres Landes Interesse erregen dürfte, den Wunsch, denselben zu ihrer Unterstützung zu benutzen, die Verleger erbieten sich sofort, die ganze Auflage mit Druck und Papier unentgeltlich zu liefern und demgemäß erscheint jetzt dieser Entwurf mit den in der Generalversammlung beschlossenen Abänderungen. Mit Berücksichtigung des Zweckes wird Niemand den Preis von 12 Ggr. zu hoch finden.

Zugleich wird auf folgende Druckfehler aufmerksam gemacht:

Seite 17 Zeile 1 ist in der Thaler-Kolumne zu streichen: 1 — 5.

Dieselbst Zeile 15 ist zu lesen: Kerner bei den Kreisgerichten:



## Erster Abschnitt.

### Allgemeine Bestimmungen.

---

- 1) Diese Tare ist zunächst für das Verhältniß des Sachführers und Anwalts zu seiner eigenen Partei maßgebend, und eine davon abweichende vertragmäßige Verabredung der Gebühren und Auslagen, mit Ausnahme der ausdrücklich in der Tare selbst bemerkten Fälle, nichtig, jedoch ist damit ein von der Partei freiwillig gegebenes Honorar einerseits und ein freiwilliger Erlaß des Sachführers und Anwalts anderer Seite nicht ausgeschlossen.
- 2) Diejenigen in Prozeßsachen nicht ausdrücklich in der Tare selbst ausgenommenen Gebühren und Auslagen, welche die Partei ihrem Sachführer und Anwalte zu bezahlen hat, müssen derselben von ihrem zur Erstattung der Kosten des ganzen Prozesses oder des jene Gebühren und Auslagen veranlassenden Theils desselben verurtheilten Gegner ersetzt werden. Wohnt jedoch der von einer Partei angenommene Sachführer und Anwalt nicht in dem Kreise, welchem das Gericht, vor dem der Prozeß anhängig ist, angehört, so hat ihr der Gegner die Reisekosten, welche bei der Wahl eines in jenem Kreise wohnenden vermeidlich waren, nie zu erstatten.
- 3) Der Sachführer und Anwalt kann von seiner Partei einen angemessenen Kostenvorschuß und, so oft dieser verbraucht ist, dessen Erneuerung nöthigenfalls durch gerichtlichen kostenfrei auszufertigen Zahlungsbefehl fordern.
- 4) Regelmäßig werden die Gebühren und Auslagen nach dem über den drei Kolonnen in der Tare bemerkten Werthe des Gegenstandes tarirt. Im Zweifel aber wird ein Gegenstand, worüber in erster Instanz bei einem Kreisgerichte verhandelt ist, nach der zweiten Kolonne tarirt. Betrifft aber ein Rechtsstreit solche Verhältnisse, die ohne Nachweisung des Geldwerths appellabel sind, z. B. Statusverhältnisse, Ehescheidungen u. s. w., so sind die Ansätze der dritten Kolonne anzuwenden.
- 5) Betrifft eine von dem Anwalte vorgenommene Handlung nicht den ganzen Prozeßgegenstand, sondern nur einen Theil desselben oder Nebenforderungen, z. B. Schäden, Zinsen, Prozeßkosten, so werden solche Verhandlungen nach derjenigen Kolonne tarirt, unter die sie ihrem speziellen Gegenstande nach fallen.

## 6) Sind die Gebühren taxirt

A. nach der Bogenzahl, so kommt für eine einzelne Seite, auch wenn sie nicht vollgeschrieben ist, ein Viertel des Betrags für den Bogen zur Berechnung, auch kann das Honorar für eine Schrift nie unter die Gebühr für  $\frac{1}{2}$  Bogen sinken;

B. nach Stunden und Tagen, so soll mindestens eine Stunde berechnet werden und sechs Stunden gelten für einen vollen Tag.

## 7) Wenn zwischen dem Sachführer, Anwalte oder Notar und seiner Partei über die Höhe der von jenem berechneten Ansätze Streitigkeiten entstehen, so entscheidet

A. in Prozesssachen dasjenige Gericht, bei dem die streitigen Kosten entstanden sind;

B. in außergerichtlichen und Notariatssachen das Kreisgericht, in dessen Gerichtssprengel der liquidirende Advokat oder Notar wohnt. Wohnt der Klient im Auslande, so wird, wenn er der Kognition dieses Gerichts nicht zu unterwerfen ist, von diesem ein Attest über die Höhe der Gebühren ausgestellt.

Jedem von beiden Theilen steht gegen diese Entscheidungen und Atteste der Rekurs an das Gericht zu, an welches von dem entscheidenden Gerichte regelmäßig appellirt werden kann, bei dem Oberappellationsgerichte eine Vorstellung an dasselbe. Bei der darauf erfolgenden Entscheidung hat es ein für allemal sein Verwenden.

Für sämtliche diese Entscheidungen bezweckende Schritte und Arbeiten darf der Liquidant sowenig als der Liquidat Gebühren berechnen, und auch von den Gerichten sollen dafür keine Kosten berechnet werden.

Für Anträge zum Zweck der Vertreibung bereits feststehender Advokatur- oder Notariatsrechnungen und für das darauf folgende Verfahren kommen dagegen nach der Höhe des Gegenstandes die Absch. 2, Abthl. 1 oder 2 bestimmten Taren zur Anwendung.



Zweiter Abschnitt.

**G e b ü h r e n.**

---

## 1. Abtheilung.

Tare in Zivilprozeßsachen bei den Aemtern und Stadtgerichten.

bis  
5 \*\$

\*\$ R

- |    |  |   |    |
|----|--|---|----|
| 1. | Für die Durchführung der ganzen Sache, mit Einschluß der Schriften und einheimischen Termine, jedoch ausschließlich der Rechtsmittel, auswärtigen Termine und der Executionsinstanz.   | — | 12 |
| 2. | Für Rechtsmittel, welche dabei vorkommen, wenn der Anwalt nur einmal submittendo oder justificando thätig ist, die Hälfte des Betrages ad 1.   | — | —  |
| 3. | Wenn Rechtsmittel vorkommen, wobei der Anwalt mehr als einmal submittendo oder justificando thätig ist, für sämtliche Rechtsmittel-Instanzen den Betrag ad 1.  | — | —  |
| 4. | Wird die Sache vor dem ersten Termine oder in demselben durch Vergleich vor der Verhandlung, durch Zugeständniß oder einen Kontumazialantrag beendet.  | — | 12 |
| 5. | Hört das Mandat des Anwalts vor der Beendigung der Sache aus irgend einem Grunde auf, so hat, in Ermangelung einer gültigen Vereinbarung, das Gericht nach billigem Ermessen über das Deservit des Anwalts zu entscheiden, welches jedoch nie unter die Hälfte der obigen Sätze sinken darf.   |   |    |
| 6. | Wiederklagen und Interventionen werden wie selbstständige Klagen behandelt. Gelangt die Sache, in Folge einer die Kompetenz des Amtes oder Stadtgerichts übersteigenden, gleichzeitig mit der Hauptklage zu verhandelnden Wiederklage, an ein anderes Gericht, so findet für den ganzen Prozeß die bei diesem geltende Tare Statt.   |   |    |
| 7. | Kontumazialanträge, insbesondere in der Executionsinstanz wider den Gegner sowohl als wider die eigne Partei, schriftlich oder in einheimischen Terminen.<br>Zu denselben werden auch diejenigen Prozeßhandlungen gerechnet, die einem ganzen Proceßabschnitte angehören, in dessen Kosten die Gegenpartei verurtheilt worden ist.<br>Die eigne Partei vergütet solche nur dann besonders, wenn sie dieselben vom Gegner erhalten oder aber auf deren Einziehung überhaupt oder einstweilen verzichtet hat.  | — | 6  |
| 8. | Kontumazialanträge in auswärtigen Terminen.<br>Dafür passiert die Terminsgebühr Nro. 9 nebst den Reisekosten Nro. 56.  |   |    |
| 9. | Für auswärtige Termine, einschließlich der Diäten und Versäumniß (Reisekosten nach Nro. 56).<br>a. Nur für solche Termine, in denen die Gegenwart der Partei oder des Anwalts nothwendig ist, passiert eine Vergütung. Unbedingt als solche gelten: Termine zur Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, zur Einnehmung des Augenscheins, zur Ableistung von Eiden, zum Versuche der Güte, wenn sie im Laufe des Verfahrens ausdrücklich zu diesem Zwecke angesetzt werden, endlich solche Termine, wobei das Gericht die Anwesenheit der Anwälte ausdrücklich verlangt.<br>b. In allen anderen Fällen hat das Gericht über die Nothwendigkeit der Anwesenheit des Anwalts zu entscheiden.<br>c. Die eigne Partei, welche die Anwesenheit des Anwalts in einem Termine ausdrücklich fordert, hat für denselben die Gebühr und die Reisekosten, wie für einen nothwendigen zu vergüten. Zeugnet die Partei die Anforderung, so genügt die desfallige Versicherung des Anwalts auf seinen Dienstleid.<br>d. Hat derselbe Anwalt gleichzeitig mehrere Termine vor demselben auswärtigen Gerichte oder an demselben Orte, so passiert die unter 9 berechnete Gebühr für jeden besonders, die Reisekosten werden auf alle vertheilt. | — | —  |

[illegible]

## 1. Abtheilung.

Taxe in Zivilprozesssachen bei den Aemtern und Stadtgerichten.

bis  
5 ₰

₰ K

10. Ist der Werth des Gegenstandes nicht nach Gelde bestimmbar, so wird, wenn das Gericht die Sache als stempelfrei behandelt, die dritte Kolonne, wenn es sie aber als stempelpflichtig behandelt, die sechste Kolonne angewandt.
11. Prokuratorgebühren. Wenn die Bestellung eines Ortsprokurators erforderlich ist, so erhält dieser
- a. die Hälfte des Betrags ad 1.
  - b. außerdem für jeden Monat, worin Etwas geschieht
- Der Sachführer erhält die andere Hälfte ad 1 und die besonders zu honorirenden Gebühren (ad 2, 3 und schriftliche Anträge ad 7).
12. Wenn in Sachen, worin die Aemter und Stadtgerichte ohne Rücksicht auf den Geldwerth des Gegenstandes kompetent sind (jüngster Besitz, Arrest), dieser Werth 50 ₰ übersteigt, so findet die nach der Höhe des Werths bei den Kreisgerichten geltende Taxe Statt.
13. Handeln die Aemter und Stadtgerichte in Folge einer von einem anderen Gerichte an sie ergangenen Kommission oder Requisition, so findet für den Anwalt dieselbe Taxe Statt, als wenn er vor dem kommittirenden oder requirirenden Gerichte aufträte.
14. In allen verwickelten Sachen, namentlich solchen, welche dingliche Rechtsverhältnisse betreffen und solchen, deren Entscheidung für mehrere Personen oder Verhältnisse maßgebend ist, kann, nach Ermessen des Amts oder Stadtgerichts, die von den Kreisgerichten in Sachen von 50 bis 100 ₰ stattfindende Taxe zugelassen werden, welches jedoch auf desfalligen Antrag sofort in einem Dekrete ausdrücklich auszusprechen ist. Gegen einen solchen Auspruch findet ein Rekurs an das nächste Obergericht Statt; für die Verhandlungen in der Rekursinstanz sind aber weder Gerichts- noch Advokaturgebühren zu erheben.
15. Findet in Folge einer Klage, deren Gegenstand zur Kompetenz des Amts oder Stadtgerichts gehört, die Subhastazion eines Grundstücks Statt, so werden die in Folge derselben stattfindenden Bemühungen und Auslagen, wenn der Werth des Grundstücks die Kompetenzsumme jener Gerichte übersteigt, nach der bei den Kreisgerichten in Prozessen, die um das Grundstück geführt wurden, geltenden Taxe vergütet.

— 2

bis 10 ₰		bis 15 ₰		bis 20 ₰		bis 25 ₰		bis 30 ₰		bis 35 ₰		bis 40 ₰		bis 45 ₰		bis 50 ₰	
₰	℔	₰	℔	₰	℔	₰	℔	₰	℔	₰	℔	₰	℔	₰	℔	₰	℔
—	2	—	—	—	2	—	3	—	—	—	4	—	4	—	2	—	4

2. Abtheilung. Tare in Zivilprozessen bei den höheren Gerichten.		Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
16.	Für Information a. bei Uebernahme des Prozesses nach Beschaffenheit des Falles beträgt der Gegenstand über 2500 ₰ bis 10,000 ₰ einschließl. . . . . über 10,000 ₰	16 ₰ bis 1 1/2 ₰ . . .	1 1/2 — 2 ₰ . . .	2 — 3 ₰ 3 — 5 ₰ 5 — 10 ₰
17.	b. in Bezug auf einen Beweis oder Gegen- beweis durch Zeugen, Sachverständige, Augenschein, Urkunden, in allen Sachen außer im Executio- und Wechselprozesse, die Hälfte der obigen Sätze. Bemerkungen zu 16 und 17. A. Diese Posten umfassen alle Bemühungen, die der Rechtsbeistand behuf der Informa- zion übernimmt, namentlich die Einsicht und Extrahirung gerichtlicher und anderer Vor- und Hilfsakten, Urkunden und Rech- nungsbücher, die Konferenzen und Kor- respondenzen. Ist eine Widerklage erhoben, so wird diese Gebühr für das ganze Verfah- ren nur einmal, bei Interventionen aber für eine jede einzelne nach deren Gegenstände berechnet. B. Haben jedoch in weitläufigen, besonders in verwickelten und verdunkelten Sachen die Information und die gewöhnlich damit ver- bundenen Bemühungen behuf der Aufklä- rung, Feststellung und Nachweisung des Thatbestandes einen solchen Aufwand von Zeit erfordert, daß in den obigen Ansätzen eine genügende Vergütung nicht gefunden werden kann, so darf der Rechtsbeistand außerdem von seiner eigenen Partei ein nach Wichtigkeit, Schwierigkeit und Um- fang der verrichteten Arbeiten von ihm zu bestimmendes Honorar fordern. Wird we- gen Bestreitung der Höhe desselben von Seiten des Klienten die Festsetzung durch den Richter erforderlich, so hat dieser zu- förderst auf Antrag des Anwaltes die Güte angelegentlich zu versuchen, wenn solche aber nicht erreicht wird, das Honorar in einer Summe festzusetzen, dabei nach billigem Ermessen zu verfahren, und sowohl die Partei gegen übertriebene Ansprüche, als den Sachführer gegen die Schmälerung eines anständigen Honorars für seine Bemühungen zu schützen. Als Anhaltspunkt dient dabei die außergericht- liche Tare Nr 38 und 39. C. Die Gegenpartei hat immer nur die unter 16 und 17 bezeichneten regelmäßigen Sätze zu erstatten.			
18.	Prokuraturgebühr. Für Einlösung der Beischeide, Führung der Manualakten, Extra-			

2. Abtheilung. Tare in Zivilprozessen bei den höheren Gerichten.	Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
<p>hirung der Deservitenrechnungen, Korrespon- denzen und solche Konferenzen, welche sich nicht auf die Information, sowie für son- stige Arbeiten und Bemühungen, die sich auf den Prozeßbetrieb beziehen, monatlich und wenn neben dem Sachführer noch ein Anwalt zum Ortsprokurator bestellt ist.</p> <p>Im letztern Falle theilen beide die vorste- hende Gebühr und der Ortsprokurator erhält außerdem für Arrha</p> <p>In den Sachen bei dem Oberlandesgerichte erhält der Prokurator:</p> <p>a. für Arrha . . . . . 1 ₰ — 30 b. » einen Termin . . . . . 1 » — » c. an Prokuraturgebühr mo- natlich . . . . . — » 6 »</p> <p>In den Sachen bei dem Oberappellations- gerichte erhält derselbe:</p> <p>In Sachen unter 500 ₰</p> <p>a. Arrha . . . . . 1 ₰ — 30 b. für einen Termin . . . . . 1 » — » c. Prokuraturgebühr monatlich — » 6 »</p> <p>In Sachen von 500 ₰ und darüber:</p> <p>a. Arrha . . . . . 1 ₰ 12 30 b. für einen Termin . . . . . 1 » 12 » c. Prokuraturgebühr monatlich — » 9 »</p> <p>Bemerkungen.</p> <p>A. Die Prokuraturgebühr beginnt mit der er- sten gerichtlichen Handlung und hört mit der letzten auf. Ruht die Sache 6 Monat und länger, so wird für diese ganze Zeit des Stillstands nur ein dreimonatiger Be- trag entrichtet.</p> <p>B. In Ermangelung einer gütlichen Verein- barung erhält der neben dem Sachführer bestellte Ortsprokurator:</p> <p>von der Prokuraturgebühr die Hälfte, für Termine 1ster Gattung (Nr. 19) die Hälfte, für Termine 2ter Gattung (Nr. 20) die ganze Gebühr.</p> <p>C. So lange die Sache ausschließlich in einer Instanz bei einem Obergerichte anhängig ist, fällt die Prokuraturgebühr für den Sach- führer und den Prokurator bei dem Ge- richte der unteren Instanzen ganz weg, wo- gegen die während dieser Zeit außer der Anfertigung von Schriften geleisteten Be- mühungen als außergerichtliche zu honori- ren sind.</p> <p>Für alle in die Positionen 16 bis 18 ein- schlagenden Bemühungen und Arbeiten darf, mit alleiniger Ausnahme der nach der desfall- sigen Tare zu vergütenden nothwendigen oder</p>	<p>4 30</p> <p>6 30</p> <p>12 30</p>	<p>6 30</p> <p>8 30</p> <p>16 30</p>	<p>6 30</p> <p>8 30</p> <p>1 ₰</p>

2. Abtheilung. Tare in Zivilprozessen bei den höheren Gerichten.		Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
von der Partei verlangten oder genehmigten Reisen, nichts weiter besonders berechnet werden.				
19. Termine erster Gattung, worin ohne Un- terschied der Prozeßart merita causae kon- tradiktorisch verhandelt werden und der Hauptgegenstand des Termins sind, jedoch nur für denjenigen Rechtsbeistand, welcher wirklich merita causae verhandelt . . . . .		16 ₰	1 ₰	1½ ₰
Bei Gegenständen über 2500 ₰ bis 10,000 ₰ einschließlich . . . . .				2 ₰
Bei Gegenständen über 10,000 ₰ . . . . .				3 ₰
Zu dieser Gattung gehören Termine zum Verhör der Sache im Allgemeinen und über einzelne Streitpunkte (z. B. über die Zulässig- keit von Zeugen oder Sachverständigen, über die Anweisung der letzteren, über die Bestim- mung einer Eidesnorm, über die Ergebnisse einer Beweisführung und dergleichen), über die Zulässigkeit einer summarischen Prozeßart, zur Verhandlung über eine Rechnungsmonitur, zu einer gerichtlichen Augenscheineinnahme, zur Abhörnung von Zeugen, zum Versuche der Güte für denjenigen Sachführer, der Vergleichsvor- schläge schriftlich übergibt oder zum Protokolle vorträgt.				
Wenn ein solcher Termin				
a. über 2 Stunden dauert,				
b. oder außerhalb des gewöhnlichen Ge- richtstafels abgehalten,				
c. oder ein Heft von mehr als 3 Bogen zu demselben übergeben,				
d. oder die Güte in demselben oder in Folge desselben erreicht wird,				
so kann (in dem Falle lit. c jedoch nur für den betreffenden Sachführer) berechnet werden		1 ₰	1½ ₰	2 ₰
Bei Gegenständen über 2500 ₰ bis 10,000 ₰ einschließlich . . . . .				3 ₰
Bei Gegenständen über 10,000 ₰ . . . . .				5 ₰
20. Termine zweiter Gattung . . . . .		12 ₰	16 ₰	1 ₰
Zu dieser Gattung gehören z. B. Termine, worauf bloß kontumazirt wird, dergleichen zur Verhandlung bloß verzögerlicher Einreden, zur Vorführung und Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen, zur Vorlegung von Urfun- den oder zur Erklärung darüber, zur Eides- abnahme, Publikation von Erkenntnissen und dergleichen. Ferner gehören dahin Termine 1ster Gattung für denjenigen Rechtsbeistand, der darin nicht solche Handlungen vorgenom- men hat, die der Gegenstand der Termine er- ster Gattung sind, sowie gewöhnliche Termine				



2. Abtheilung. Tare in Zivilprozessen bei den höheren Gerichten.	Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
<p>zum Versuch der Güte und ohne deren Erreichung. Die Gebühr für diese Termine wird erhöht auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. wenn dieselben außerhalb des gewöhnlichen Gerichtsorts stattfinden,</li> <li>b. oder über 2 Stunden dauern,</li> <li>c. oder die Güte in denselben oder in Folge derselben erreicht wird.</li> </ul> <p>Allgemeine Bestimmungen rücksichtlich beider Gattungen von Terminen.</p> <p>A. Lizitations- und Liquidationstermine gelten rücksichtlich der Sachführer des Extrahenten für Termine 1ster Gattung, rücksichtlich der Sachführer sonstiger Interessenten für Termine 2ter Gattung. Die Klasse wird nach der lizitirten oder liquidirten Summe berechnet.</p> <p>B. Der Rechtsbeistand, welcher in einem Termine außer Vorträgen, die zur 1sten Gattung gehören, auch noch solche macht, die zur 2ten Gattung zu rechnen sind, kann dennoch nur die Gebühr für einen Termin 1ster Gattung berechnen.</p> <p>C. Für schriftliche, statt mündlichen Vortrages im Termine oder nach demselben übergebene Rezepte oder sonstige Schriften werden — mit Ausnahme des folgenden Falles — vom Gegner nur die Auslagen vergütet. Die eigene Partei hat die reservirten Schriften immer zu verauten.</p> <p>D. Ordnet jedoch das Gericht von Amtswegen oder in Folge eines Antrages hinterher das schriftliche Verfahren an, so werden neben der Tare für einen Termin 2ter Klasse auch die Gebühren für den bereits eingeleferteten Rezes nach der Tare vergütet.</p>	16 ₰	1 ₰	1 1/2 ₰
<p>21. Schriften erster Gattung. Für den Bogen, die Seite zu 24 Zeilen nach der bisherigen Schreibart, in allen Instanzen. Bei Gegenständen über 10,000 ₰ desgl. Bei Gegenständen über 2500 ₰ bis 10,000 ₰ einschließlich: Für Rechtfertigungen der Supplikationen und für Submissionschriften in allen Instanzen, sowie für Schriften bei dem Oberappellationsgerichte für den Bogen. Zu den Schriften 1ster Gattung gehören solche, die merita causae enthalten, also: B. Klage, Interventionen, Interventionen, Litisdennuniation, Arrestantrag, Exekutionsschrift, Replik, Duplik, Beweis- und Gegenbeweisantwortung, Impugnations- und Salvationschrift, Rechtfertigungs- und Submissions-</p>	16 ₰	1 ₰	1 1/2 ₰ 2 ₰ 2 ₰

2. Abtheilung. Tare in Zivilprozessen bei den übrigen Gerichten.		Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
Schrift in der Instanz der Rechtsmittel, Beschwerden, Anträge auf provisorische Verfügungen u. s. w.				
22.	Schriften zweiter Gattung. Für den Bogen zu 24 Zeilen nach der bisherigen Schreibweise, in allen Instanzen . . . . . Zu den Schriften 2ter Gattung gehören z. B. einfache Erklärungen und Gegenerklärungen, Gesuche und Anzeigen, Ungehorsamsbeschuldigungen, Vollmachten, Verhandlung nur verzögerlicher Einreden, Allegationen der Rechtskraft, Einlegung und Entlassung von Rechtsmitteln, Kostenrechnungen, Verhandlungen in der Liquidationsinstanz, Rechnungsablagen u. s. w. Für die gewöhnliche Prozeßvollmacht . . . . .	12 ₰       6 ₰	16 ₰       8 ₰	1 ₰       8 ₰
Allgemeine Bemerkungen zu dieser Abtheilung.				
A. Ist eine Widerklage angestellt, deren Object höher ist als das der Hauptklage, so wird die Klasse der Tare nach jener, sonst allein nach dieser für den ganzen Prozeß bestimmt.				
B. Die Gebühren für jede Schrift sind unmittelbar unter derselben zu liquidiren und die Gerichte sind befugt und verpflichtet, die obigen Ansätze zu ermäßigen, wenn offenbar ungebührliche Weitichweifigkeiten vorliegen. Jedoch muß dies in dem auf die Eingabe abzugebenden Dekrete ausgesprochen, und der Grund sowie der Betrag des Absages an der regelmäßigen Gebühr angegeben werden. Geschieht dies nicht, so kommen die obigen Ansätze unbedingt zur Anwendung.				
Gegen solche Ermäßigungen findet ein wie bei Nr. 14 kostenfreier Refurs an das Obergericht Statt. Derselbe muß bei der nächsten Vorkommensursache verfolgt werden, kann aber, sofern die Sache nicht an das Obergericht gelangt, bis zum Schlusse der Sache verschoben werden.				

3. Abtheilung. Tare in Konkurs-, insolventen Nachlass- sachen und anderen gerichtlichen Vermögens- verwaltungen.	Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
I. Gebühren für die Verwaltung.			
23. Für Information und Verwaltung.			
<p>A. Wenn das Aktivvermögen veräußert werden kann und eine möglichst rasche und vortheilhafte Veräußerung desselben den Hauptzweck der Verwaltung bildet, mit Rücksicht auf den Gegenstand und auf die Schwierigkeiten der Sache.</p> <p>Bei einem Vermögen bis 500 ₰ 3 bis 4 Proc. Bei einem größern Vermögen bis 10,000 ₰ einschließlich 1 bis 2 Proc. Von dem diese Summe übersteigenden Betrage ½ Proc.</p> <p>B. Wenn das Aktivvermögen nicht veräußert werden kann, und eine möglichst vortheilhafte Verwaltung desselben der Hauptzweck ist, erhält der Verwalter ein mit den Interessenten zu vereinbarendes, in Ermangelung einer solchen Vereinbarung nach richterlichem Ermessen unter Berücksichtigung des Umfangs und der Schwierigkeit der Verwaltung festzusetzendes jährliches Honorar.</p> <p>C. Kann die unter A. bezeichnete Aktiomasse wegen rechtlicher, von dem Verwalter nicht zu beseitigenden Hindernisse ganz oder theilweise nicht sofort veräußert werden, so gebührt demselben, wenn solche vor der Veräußerung länger als ein Jahr verwaltet werden muß, während der Dauer der Verwaltung ein nach dem Betrage des verwalteten Gegenstandes auf die unter B. bezeichnete Art festzustellendes Honorar.</p> <p>D. Hat die Masse theils die unter A., theils die unter B. bezeichneten Eigenschaften, so findet für jene die unter A., für diese die unter B. bezeichnete Vergütung Statt.</p> <p>Unter den Ansätzen für Information und Verwaltung gehören: die Ermittlung und Feststellung des Aktivbestandes, Korrespondenzen, Konferenzen, die Führung der Verwaltung und des Rechnungswesens, die Erhebung und Auszahlung von Geldern, die Assistenz bei Inventuren, Auktionen, Verpachtungen, überhaupt alle Geschäfte, die von einem geeigneten Verwalter ohne Rechtsbeistand verrichtet werden können.</p> <p>Bedürfte aber ein solcher bei irgend einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Verwaltungshandlung oder Arbeit eines Rechtsbeistandes, so werden solche Bemühungen nach der entsprechenden Tare besonders vergütet.</p> <p>Baare Auslagen, namentlich auch Diäten und Reisekosten, werden ebenfalls nach der Tare besonders vergütet.</p>			

3. Abtheilung. Tare in Konkurs-, insolventen Nachlasssa- chen und anderen gerichtlichen Vermögens- verwaltungen.		Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
24.	Führt der Verwalter Prozesse im Interesse der Masse, so berechnet er dafür die Zivilprozeßtare wie in jedem anderen Prozesse. Sofern ihm aber die Masse die Kosten zu vergüten hat, fallen die Ansätze für Information und Prokuratorgebühr weg.			
II. Gebühren für den Kontradiktor.				
25.	Information über den Bestand der Passivmasse sowie über angemeldete Forderungen wird mit Berücksichtigung des Umfangs und der Schwierigkeit des Geschäfts vergütet. (Zivilprozeßtare Bem. B zu 16 und 17.)			
26.	Führung von Prozessen wie Nro. 24.			
27.	Prokuratorgebühr (Vgl. Zivilproz.-Tare Nro. 18) im Ganzen . . . . .		2 ₰.	3 ₰.
	Bei einer Passivmasse über 2500 bis 10,000 ₰ einschließlich . . . . .			5 ₰.
	Ueber 10,000 ₰ . . . . .			10 ₰.

4. Abtheilung. Tare in Strafsachen.		— —	— —
28.	Für die Einsicht der Akten und den Auszug a. bei den Stadtgerichten und Aemtern . . . . . b. bei den Kreisgerichten . . . . . Bei besonders umfangreichen Akten oder wenn andere unmittelbar in die Sache eingreifende Hilfs- oder Neben-Akten damit verbunden sind, kann diese Gebühr angemessen erhöht werden.	1 bis 5 12 <del>9</del> — 1 <del>2</del> f 1 — 5 <del>2</del> f	— — —
29.	Für die Vertheidigungsschriften und Anträge auf Ergänzung der Untersuchung: a. bei den Kreisgerichten α. in zweiter Instanz β. vor dem ersten Erkenntnisse. . . . . b. bei dem Oberlandesgerichte . . . . . c. „ dem Oberappellationsgerichte . . . . . Ferner in beiden Kreisgerichten:	} für d. Bogen { — 1 1 1	16 — — 12
30.	Für Termine, worin merita causae vorgetragen werden	1 bis 2	—
31.	Für andere nothwendige Termine . . . . .	—	16
32.	Für eine Unterredung mit dem zu Vertheidigenden, wenn deren durch eine Registratur nachzuweisender Gegenstand für die Vertheidigung von Belang ist, oder der zu Vertheidigende sie ausdrücklich verlangt . . . . .	1	—
33.	Für Reisen die in Zivilsachen bestimmte Gebühr und Entschädigung.	—	—
34.	Für nothwendige Briefe und Nebenanträge, für den Bogen . . . . .	—	16
Allgemeine Bemerkungen.			
a. Dem Richter steht das Ermäßigungsrecht in eben dem Maasse und in derselben Form zu, wie in Zivilsachen.			
b. Die vorstehenden Anlässe werden nicht nur von der Partei, sondern auch von der Staatskasse, wenn sie solche zu zahlen hat, ohne Abzug gezahlt.			
c. Reisekosten werden von der Staatskasse regelmäßig nicht, und Unterredungen mit dem zu Vertheidigenden nur dann bezahlt, wenn ihr durch eine Registratur nachzuweisender Gegenstand für die Vertheidigung von Belang ist.			

5. Abtheilung. Tare in nicht prozessualischen Sachen.		Unter 100 ₰.	100 bis zu 500 ₰.	500 ₰ und dar- über.
35.	Konsultationen in schwierigen Rechts- sachen. Wie Termine 1ster Gattung in Zivilprozeß- sachen (Pro. 19). Dahin gehören: Konsulta- tionen über streitige Gegenstände überhaupt, über den Abschluß von Kontrakten, über die Ab- fassung von Testamenten, Erbtheilungen u. dgl., ferner Unterhandlungen behuf der Erreichung eines Vergleichs, Akkords, Moratoriums u. s. w. ohne Einrechnung von schriftlichen, besonders zu vergütenden Arbeiten.			
36.	Schriften. A. Ist die Sache rechtlich oder faktisch verwi- ckelt, wie Prozeßschriften 1ster Gattung. B. Ist dieselbe einfach, wie Prozeßschriften 2. Gattung. Ueber die Klasse (1ste, 2te oder 3te Kolonne) entscheidet die größere oder geringere Bedeutung des Gegenstandes und des Zwecks der Schrift. C. Bei Gutachten und Testamenten in wich- tigen und verwickelten Fällen ist ein Ho- norar bis zum doppelten der obigen Be- träge zulässig.			
37.	Termine vor anderen als richterlichen Be- hörden, analogisch wie Termine in Zivilpro- zeßsachen.			
38.	Geschäfte, bei denen vorzugsweise nur die Versäumnis zu vergüten ist, z. B. Wege, Er- kundigungen, Beistand bei Inventuren, so wie ähnliche Bemühungen, nach der größeren oder geringeren Erheblichkeit des Gegenstandes für die Stunde und für einen ganzen Tag	8 ₰ 2 ₰	12 ₰ 3 ₰	16 ₰ 4 ₰
39.	Sonstige außergerichtliche Geschäfte, z. B. Le- sen und Erzerpiren von Akten, Durchsicht von Urkunden, Aufstellung und Prüfung von Rech- nungen, Unterredungen über Rechtsangelegen- heiten. Assistenz bei der Aufnahme und Vollzie- hung von Rechtsgeschäften u. dgl. für die Stunde und für den ganzen Tag.	12 ₰ 3 ₰	16 ₰ 4 ₰	1 ₰ 5 ₰
40.	Assistenz bei der Uebergabe größerer Güter für den Tag			10 ₰
41.	Erhebung und Auszahlung von Geldern: A. bis 24 ₰ vom Thaler 1 ₰. B. über 24 jedoch unter 100 ₰ im Ganzen 1 ₰. C. von 100 bis 200 ₰ — 1 Proz. D. von dem 200 ₰ überschreitenden Betrage bis 500 ₰ einschließlich $\frac{1}{2}$ Proz. E. von dem 500 ₰ überschreitenden Betrage $\frac{1}{2}$ Proz.			
Bemerkung zur fünften Abtheilung. Haben sich die Parteien über das Honorar und die Auslagen geeinigt, so ist bei richterlicher Fest- setzung diese Uebereinkunft und nur in deren Ermangelung die Tare zum Grunde zu legen.				

	6. Abtheilung. Notariatskare.	Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
42.	Vorarbeiten. Alle weder zu der Aufnahme und Ausfertigung von Notariatsakten noch zu den unmittelbaren mündlichen Instruktionen gehörenden Vorarbeiten, als Korrespondenzen und Konferenzen, Gutachten, Durchsicht und Prüfung von Akten, Entwerfung von Kauf-, Pacht- oder Miethbedingungen, öffentliche Bekanntmachungen u. dgl. werden nach der Tare für außergerichtliche Bemühungen berechnet.			
43.	Aufnahme einfacher Erklärungen und Rechtsakte, als Quittungen, Entsagungen, Einwilligung zu Löschungen von Hypotheken, Zeisionen, einseitige Versprechungen, Vollmachten u. dergl. für den Bogen . . . . .	12 ₰	16 ₰	1 ₰
44.	Aufnahme von Verträgen und schwierigeren Rechtsakten als: Kauf-, Mieth- und Pachtkontrakte, Vergleiche, Schenkungen, Alimentenverträge, Leibrentenkontrakte, Schuld- und Hypothekenverschreibungen. Testamente, Zeugenverhöre und andere in diese Tare nicht speziell aufgenommene Akte dieser Art, für den Bogen. Bei Gegenständen über 10,000 ₰ für den Bogen Bei terminlichen Leistungen wird der Gegenstand nach dem Betrage sämtlicher Leistungen während der Dauer des Vertrages bestimmt.	16 ₰	1 ₰	1½ ₰ 2 ₰
45.	Mündliche Besprechung über den Gegenstand und die Einrichtung eines der unter 44 aufgeführten Akte . . . . .	12 ₰	1 ₰	1—2 ₰
46.	Öffentlicher Verkauf oder Verpachtung von Grundstücken einschließlich der Aufnahme des desfallsigen Protokolls . . . . .	1½ ₰	2 ₰	3—5 ₰
47.	Öffentlicher Verkauf von Mobilien, Aufnahme von Inventaren, Protokollierung von Verhandlungen des Notars (z. B. Besitzergreifungen) für die Stunde und für einen ganzen Tag . . . . .	12 ₰ 3 ₰	16 ₰ 4 ₰	1 ₰ 5 ₰
48.	Proteste aller Art in Beziehung auf Wechsel oder Anweisungen, einschließlich der Gebühren für die Zeugen oder den zweiten Notar und sonstige Auslagen . . . . .	1 ₰ 20 ₰	1 ₰ 20 ₰	1 ₰ 20 ₰
49.	Ausfertigung der Protokolle, einschließlich der Beglaubigung und des Siegels für den Bogen . . . . .	4 ₰	4 ₰	4 ₰
50.	Beglaubigung von Unterschriften: A. Für jede Beglaubigung in der Wohnung des Notars . . . . . B. Für jede Beglaubigung außerhalb derselben . . . . .	8 ₰ 16 ₰	8 ₰ 16 ₰	8 ₰ 16 ₰
51.	Beglaubigungen von Abschriften einschließlich des Siegels für den Bogen . . . . .	4 ₰	4 ₰	4 ₰

	6. Abtheilung. Notariatsstare.	Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
52.	<b>Zeugengebühren:</b> A. Für den statt 2 Zeugen zugezogenen Notar für die Stunde . . . . . und für den ganzen Tag . . . . . B. Für jeden anderen Instrumentszeugen für die Stunde . . . . . und für mehr als 3 Stunden an dem- selben Tage . . . . . Mit den nicht vom Notar, sondern von den Parteien selbst zugezogenen Zeugen haben jene sich selbst abzufinden.	8 ₰ 2 ₰  4 ₰ 12 ₰	12 ₰ 3 ₰  4 ₰ 12 ₰	16 ₰ 4 ₰  4 ₰ 12 ₰



### Dritter Abschnitt.

## A u s l a g e n.

		Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
53.	Unmittelbare baare Auslagen aller Art, z. B. für Stempelpapier, Gerichtsgebühren, Porto, Botenlohn u. s. w. werden nach ihrem vollen Betrage erient.			
54.	Kopialien für den Bogen nach der jetzt üblichen Schreibweise, wobei auch der nur theilweise beschriebene für voll gerechnet wird.	2 ₰	2 ₰	2 ₰
55.	Reisen zu Terminen im Inlande, wenn solche nothwendig (vergl. Nr. 9), oder von der Partei verlangt, oder von ihr genehmigt sind, auch zur Aufnahme von Notariatsgeschäften:			
	a. für den Transport, wenn solchen der Anwalt selbst beforat hat, für jede sowohl auf der Hin- als auf der Rückreise zurückgelegte Postmeile	18 ₰	18 ₰	18 ₰
	α. Für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt.			
	β. Bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu $\frac{1}{2}$ Meile einschließl. für $\frac{1}{2}$ Meile, wenn er aber $\frac{1}{2}$ Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet.			
	γ. Wird die Reise von einem Stationsorte der Harzburger oder Okerseiber Eisenbahn nach einem andern solcher Stationsorte gemacht, so ist nur die Eisenbahntare 2ter Klasse zu berechnen. Hat nach der Versicherung des Anwalts oder Notars dieser die Eisenbahn nicht benutzen können, so kommt die vorstehende Meilentare zur Anwendung.			
	b. für Verfaumnis und Diäten wird vergütet, wenn die Hin- und Herreise, und zwar bei einer Reise auf der Eisenbahn mit Einschluß des Aufenthaltes auf den Bahnhöfen, dauerte:			

		Bis 100 ₰ einschließl.	Ueber 100 bis 500 ₰ einschließl.	Ueber 500 ₰.
	α. bis zu 3 Stunden	12 ₰	16 ₰	20 ₰
	β. bis zu 6 Stunden oder einen ganzen Tag	2 ₰	3 ₰	4 ₰
	1. Ist die Reise nicht auf der Eisenbahn gemacht, so wird dabei für jede Postmeile, sowohl der Hin- als der Herreise, eine Stunde gerechnet. —			
	2. War die Reise mehrtägig, was bei der Entfernung von 3 Postmeilen präsumirt wird, so darf außer vorstehender Meilentaxe noch für jede außerhalb des Wohnorts zugebrachte Nacht berechnet werden in der Stadt Braunschweig aber	1 ₰ 2 ₰	1 ₰ 2 ₰	1 ₰ 2 ₰
	3. Bei mehreren an demselben Tage abgehaltenen Terminen werden die Transportkosten und Diäten (Nr. 55 a. und b.) nur einmal erhoben und bei verschiedenen Parteien auf diese repartirt. Die Gebühren für die Abhaltung der Termine selbst werden sämmtlich tarmäßig berechnet.			
56.	Reisen behuf anderer Geschäfte:			
	a. Für den Transport, wie ad 55 lit. a. Bei größeren Reisen, namentlich in's Ausland, werden die wirklichen baaren Auslagen berechnet.			
	b. Für Versäumniß und Diäten einschließlich des Honorars für das zu besorgende Geschäft je nach dessen Wichtigkeit für den Tag	4 ₰	5 ₰	6 ₰
	und für jede auf der ganzen Reise zugebrachte Nacht wie unter 55 lit. b. (2.)			
	Haben sich die Parteien über die Sätze unter 55. und 56. vertragsmäßig geeinigt, so ist bei der gerichtlichen Festsetzung diese Uebereinkunft und nur bei deren Ermangelung die Taxe zum Grunde zu legen.			

## A n h a n g.

### L e h n s s a c h e n.

---

1. Für Abwartung des Termins, in welchem der Lehnseid abgeleistet wird . . . . . 1½ ₰
2. Für jeden anderen Termin . . . . . 1 ₰
3. Für Ausarbeitung von Schriftsätzen, welche merita causae betreffen, wohin auch die Lehnseignation, der Stammbaum u. dgl. gehört, für den Bogen nach der Größe des Gegenstandes, wie Zivilprozesssachen . . 16 ₰ — 1½ ₰
4. Für sonstige Schriftsätze, z. B. Vollmachten, Prorogationsgesuche, einfache Anzeigen u. dgl. ohne Rücksicht auf Ausdehnung . . . . . 8 ₰ — 16 ₰
5. Für Information durch Einsicht der Akten, Konferenzen der Korrespondenz, zusammen . . . . . 1 ₰ — 5 ₰

Bei besonders weitläufigen und verwickelten Gegenständen bleibt es dem Sachführer unbenommen, ein höheres Honorar zu fordern.

6. Für die sonstige Korrespondenz und Konferenzen während der Verhandlung der Sache im Ganzen . . . 16 ₰ — 3 ₰

Die Beträchtlichkeit der Lehne und die Schwierigkeit des Geschäfts giebt den Maßstab zur Bestimmung der Taxe im einzelnen Falle.

## M o t i v e .

---

Die Gebühren, welche der Advokat für seine Bemühungen zu fordern hat, können, wenn nicht einerseits das Ansehen des Standes gefährdet, andererseits aber das Publikum unter Umständen unbilligen Ansprüchen ausgesetzt werden soll, regelmäßig nicht der Vereinbarung zwischen Anwalt und Partei überlassen, sondern müssen gesetzlich durch Taxen geregelt werden, welche auch fast alle bekannten Länder mehr oder weniger vollständig besitzen.

Im Herzogthume Braunschweig ist eine vollständige Taxe nie vorhanden gewesen, und die Gebühren werden daher, da nur einige Sätze in älteren Verordnungen bestimmt sind, größtentheils nach einer Observanz berechnet und festgesetzt. Das Schwankende darin und die zum Theil den völlig veränderten Verhältnissen und Lebensstellungen nicht mehr entsprechenden Ansätze haben schon lange das Bedürfnis einer vollständigen und angemessenen Taxe fühlbar gemacht. Da nun der Advokatenstand vermöge seines wichtigen, ohne eine wenigstens einigermaßen gesicherte äußere Stellung nicht vollständig zu erfüllenden Berufs eine gewisse Fürsorge des Staats ansprechen darf, so baten die Advokaten in Braunschweig und Wolfenbüttel, den beiden größten Städten des Landes, das Herzogl. Staatsministerium in einer Eingabe vom 31. Dezember 1844 um Erlassung einer Gebührentaxe.

Nachdem Dasselbe von den beiden Obergerichten des Landes Bericht eingefordert hatte, wurden die Bittsteller durch ein Rescript vom 12. September 1846 beschieden, daß das Herzogl. Staatsministerium geneigt sei, auf den Antrag einzugehen, und zugleich aufgefordert, ihrem Erbieten gemäß einen Entwurf einer Gebührentaxe vorzulegen.

Zu diesem Behufe wählte der Advokatenstand in den beiden genannten Städten eine aus uns, den unterschriebenen fünf Mitgliedern, bestehende Kommission zum Entwurfe der Gebührentaxe nebst Motiven \*).

Wir haben demzufolge die Taxen über die verschiedenen Hauptzweige der advokatorischen Thätigkeit sowie, aus den bei dieser anzuführenden Gründen, auch eine Notariatstaxe entworfen, und dabei hauptsächlich die von dem

---

\*) Der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf ist darauf der am 6. Juni d. J. in Braunschweig gehaltenen Generalversammlung der im Herzogthum recipirten Advokaten vorgelegt und in Folge der von derselben gefaßten Beschlüsse so umgestaltet, wie derselbe vorstehend abgedruckt worden ist. Die Motive sind im Wesentlichen unverändert geblieben, da die Generalversammlung sich in den Prinzipien mit der Kommission einverstanden erklärt hat.

Herzogl. Oberlandesgerichte vor mehreren Jahren eingereichten Vorschläge als Anhaltspunkte benutzt.

Eine Taxe für Arbeiten und Geschäfte der Art hat zunächst schon wegen des Maaßstabes für dieselben eine Schwierigkeit. Es ist natürlich, daß nach dem Talente, der Ausbildung, der Geschicklichkeit und dem Fleiße eines jeden Einzelnen die Arbeiten derselben Art und desselben Umfangs einen außerordentlich verschiedenen inneren Werth haben können und müssen, so wie es auch keinen Zweifel leidet, daß dieser Werth der gerechteste Maaßstab für die Honorirung sein würde. Dieser läßt sich aber durch gesetzliche Bestimmungen, welche die Verhältnisse nur massenweise erfassen können, nicht festsetzen. Man muß daher von vorn herein darauf verzichten, einen auf dieser an sich allerdings vollkommen berechtigten Grundlage beruhenden, mit einiger Sicherheit erkennbaren Maaßstab aufzufinden, und daher nur Arbeiten vor Augen haben, wie sie ein Advokat von gewöhnlichen Kenntnissen und Fähigkeiten bei gewissenhaftem Fleiße liefert, also gute, aber nicht ausgezeichnete Arbeiten. Für denjenigen, der sich darüber erhebt oder darunter bleibt, ist das eigene Bewußtsein, sowie die Gunst, die Achtung und das Zutrauen des Publikums das natürlichste und im Ganzen unfehlbarste Ausgleichungsmittel.

Eine andere Schwierigkeit liegt darin, daß der Advokat, wie die Sachen in Deutschland und in unserem Vaterlande zur Zeit einmal stehen und vorerst nicht zu ändern sind, nicht bloß Advokat, nicht bloß der Mann der Wissenschaft, des Rathes und der reinen Rechtserörterung ist, sondern gleichzeitig der Prokurator, der Vertreter und Bevollmächtigte der Partei.

Beide sind unter allen Umständen in ihrem innersten Wesen unverkennbar verschieden. Der Advokat liefert geistige Erzeugnisse, der Prokurator hat es fast ausschließlich mit mehr mechanischen Arbeiten zu thun. Nur bei der Instruktion der Sache laufen beide in einander, und gerade dies ist vielleicht ein Hauptgrund, der es wünschenswerth macht, daß beide Gattungen von Obliegenheiten in einer und derselben Person, dem Advokaten, vereinigt bleiben.

So wichtig und unentbehrlich nun aber auch für den endlichen Zweck die Obliegenheiten des Prokurators sind, so stehen sie doch denen des Advokaten so wenig gleich, als die Leistungen des Bauhandwerkers denen des Architekten, und weil sie durchaus nicht rein wissenschaftlicher Natur sind, sondern mehr eine praktische Fertigkeit und Gewandtheit erfordern, dabei aber schon wegen ihrer größeren Häufigkeit überwiegend in die äußere Erscheinung treten und die Grundlage der Ansicht des Publikums vom Berufe des Advokaten bilden, so wird diesem Berufe häufig nicht die Achtung gezollt, die ihn in solchen Ländern begleitet, wo beide Richtungen von verschiedenen Individuen vertreten werden. Hier zu Lande, wie in einem großen Theile Deutschlands, sind sie aber im praktischen Leben so innig verschmolzen, daß sie im Bewußtsein der Menge, ja in dem eines großen Theils unserer Standesgenossen selbst, unterschiedslos in dem Begriffe des Advokaten zusammenfallen.

Können und wollen wir aber auch nicht daran denken, eine Trennung dieser verschiedenen Seiten unseres Berufs zu erstreben, so ist es doch äußerst wichtig, daß der Unterschied zwischen beiden möglichst entschieden zum Bewußtsein gebracht wird. Die Gebührentaxe ist dabei ein erheblicher Moment, denn dadurch, daß die Advokaturarbeiten höher honorirt werden, als die Prokuratorgeschäfte, wird der Unterschied am deutlichsten äußerlich erkennbar. Wir haben daher durch diese Unterscheidung zunächst einen Anhaltspunkt gewonnen, zwei von einander getrennte und nur bei der Instruktion mehr in einander übergehende Kategorien. Bei solchen Fällen, wo von zwei Rechtsbeiständen bei einer und derselben Handlung der eine als Advokat, der andere als Prokurator thätig ist, tritt die Unterscheidung am schärfsten hervor.

Es handelte sich nun noch darum, für jede dieser Kategorien den angemessenen Maassstab behuf der Festsetzung der Gebühren zu finden.

Schon oben ist die Ansicht aufgestellt, daß ein Maassstab für die unendlichen Nüancen in der inneren Güte der Arbeiten des Advokaten nicht aufzufinden ist, es ergiebt sich also daraus von selbst, daß ein äußerlich erkennbarer, regelmäßig das subjektive Ermessen ausschließender und als allgemeine Norm geltender Maassstab dafür aufgestellt werden muß.

Man könnte nun die auf eine Arbeit verwandte Zeit für einen passenden Maassstab dieser Art halten, denn die Zeit gehört wesentlich zu dem Kapitale der wissenschaftlichen Erwerbsstände. Da aber der zu einer gegebenen Arbeit erforderliche Zeitaufwand je nach dem Talente und der Gewandtheit des Individuums sehr verschieden sein kann und muß, da sie äußerlich nicht erkennbar ist, mithin nur durch die Angabe des dann mit der Uhr in der Hand zu arbeiten genöthigten Advokaten zu ermitteln sein würde, so fehlt es für die Abschätzung des Zeitaufwandes nach richterlichem Ermessen an jeder sicheren Grundlage, vieles aber, insbesondere die Vorbereitungsarbeiten, entzieht sich ohne besondere Darlegung dem Auge eines jeden Dritten, müßte also unberücksichtigt bleiben, und wir haben uns daher überzeugt, daß bei der Festsetzung der Gebühren für advokatorische Arbeiten die darauf verwandte Zeit zwar in Betracht kommen muß, jedoch weder als der einzige, noch als der hauptsächlichste Maassstab.

Anders ist es mit den nicht eigentlich advokatorischen, also nicht die Darstellung des Falles (*merita causae*) betreffenden Arbeiten des Prokurators. Bei diesen kommt es weniger auf eine wissenschaftliche Thätigkeit, als auf eine ordentliche Geschäftsführung an, und so wichtig dieselben, namentlich rücksichtlich der Instruktion des Falles, unverkennbar auch sind, so nehmen sie doch weniger den Geist, als praktische Fertigkeit und gewissenhaften Fleiß in Anspruch, die darauf verwandte Zeit ist durchschnittlich bei jedem gleich und kann daher bei den Gebühren für diese Gattung von Arbeiten den hauptsächlichsten Anhaltspunkt abgeben.

Nach diesen leitenden Gesichtspunkten haben wir unsere Vorschläge über die Gebühren für die beiden verschiedenen Kategorien von Arbeiten einzurichten

gesucht, indem wir uns dachten, wie viele Zeit ein gehörig beschäftigter Advokat täglich zu seinen Arbeiten verwenden und wie viel er unter dieser Voraussetzung jährlich erwerben müsse. Bei den Prokuraturarbeiten haben wir auf dieser Grundlage die Gebühren rein nach der muthmaßlich auf die Arbeiten zu verwendenden Zeit vorgeschlagen, bei den nicht sowohl zu bezahlenden als zu honorirenden Advokaturarbeiten hat uns die Zeit nur als Anhaltspunkt gebient.

Wir haben dabei, abweichend von der jetzigen, keine Abstufung nach den Objekten, sobald diese über 100 Thaler überschreiten, zum Grunde legenden Praxis, drei und in einigen Fällen noch mehrere nach dem Objekte verschiedene Rubriken angenommen, deren Begründung weiterhin folgt.

Für das Honorar des Advokaten schien uns dies durchaus erforderlich, und die Gleichmäßigkeit der Gebühren nach der jetzigen Praxis für die kleinste wie für die größte Sache durchaus unrichtig.

Für die eigentlichen Prokuraturgeschäfte bietet die jetzige Praxis fast gar keinen Anhaltspunkt dar, denn indem sie nicht zwischen diesen und den Advokaturarbeiten unterscheidet, bewilligt sie einerseits für untergeordnete mechanische Arbeiten die Gebühren nach demselben Maaßstabe, wie für eigentliche Advokaturarbeiten, für viele sehr lästige Bemühungen aber gar nichts. Durch eine scharfe Trennung beider Kategorien, und indem wir für die bloße Geschäftsbeforgung von untergeordneter Natur eine monatliche Vergütung vorgeschlagen, hoffen wir diesem Uebel abzuhelfen.

Bei einem Punkte müssen beide Arten von Thätigkeit zusammenwirken, nämlich bei der Ergründung des konkreten Falles, der Information. Der Advokat, dessen Rechtshilfe in einer Sache in Anspruch genommen wird, muß von allem informiert werden, was für dieselbe wesentlich ist. Was wesentlich ist, kann nur er selbst beurtheilen, indem er daher das Wesentliche aus der Partei herausforscht, oder aus dem von ihr beigebrachten Material herauslichtet, oder dasjenige bestimmt, was noch beigebracht werden soll, ist seine Thätigkeit eine rein advokatorische.

Allein häufig, ja in den meisten Fällen liegt nach unserer Einrichtung demselben auch die Instrukzion der Grundlage für seine Information ob, indem er das Material herbeischaffen, Erkundigungen einziehen, Beweismittel erforschen, Zeugen befragen, Rechnungen prüfen muß u. s. w. Diese Geschäfte, die jeder geschäftskundige Mann auszurichten im Stande ist, gehören der Prokuratur an und werden in anderen Ländern wirklich von Prokuratoren besorgt (avoué, attorney).

Daß sie bei uns in einer und derselben Person vereinigt sind, ist ein unverkennbarer Vorzug der deutschen Advokatur, der jedenfalls dem Publikum zu gute kommt, denn die gehörige Ergründung des konkreten Falls ist von hervorragender Wichtigkeit, sie gehört zu den schwierigsten Arbeiten; sie erfordert regen Eifer für den Beruf, genaue Kenntniß der Menschen und Lebensverhältnisse, sowie Fertigkeit und Geschicklichkeit in der Anwendung dieser Kenntnisse.

Die Zeit, welche auf die möglichst genaue Ermittlung der erheblichen Thatfachen und der darüber vorhandenen Beweismittel verwandt wird, ist ohne Frage der anständigsten Belohnung werth, denn durch diese Arbeiten wird die richtige und präzise Darstellung des Thatbestandes bedingt, mithin gründliche und schnelle Rechtspflege befördert.

Unter den nicht rein advokatorischen, sondern gemischten, aber wesentlichen und schwierigen Arbeiten müssen daher die zur Ergründung des konkreten Falles, zur Informazion, erforderlichen, in den Vordergrund gestellt und gehörig honorirt werden. Verweigert man der Anstrengung und dem Zeitaufwande, die eine möglichst genaue und umsichtige Informazion fordert, die gebührende Anerkennung, oder will man sie nur so weit anerkennen, als sie sich ihrem Verlaufe nach auf dem Papiere reproduziren läßt, so wird sich eine solche Vernachlässigung dessen, was tief in der Natur der Dinge begründet ist, stets rächen. Der Advokat, der am Ende nicht idealer ist, als andere Menschen, wird diese Arbeiten vielfach oberflächlich oder gar leichtsinnig besorgen und so die **Rechtspflege unvermeidlich verkümmern**.

Wird dagegen die Informazion gehörig gewürdigt und belohnt und ist der Advokat gesichert, für seinen Aufwand an Zeit und Arbeit gehörig entschädigt zu werden, so wird es ihm immer mehr zum Bewußtsein und zur praktischen Bethätigung kommen, daß man bei der Informazion nicht leicht zu ausführlich und dagegen, wenn diese erschöpfend war, in der mündlichen oder schriftlichen Darstellung nicht leicht zu kurz und präzis sein kann, während jetzt häufig das Gegentheil stattfindet. Wir haben daher geglaubt, für diese von der jetzigen Praxis gar nicht oder doch nicht gehörig gewürdigten Arbeiten vorzugsweise eine angemessene Belohnung ansprechen zu müssen, welche jedoch, bei der großen Verschiedenheit derselben, in den einzelnen Fällen nicht absolut, sondern nur noch einem Minimum und Maximum bestimmbar sein dürfte.

Endlich haben wir eine Abstufung der Ansätze je nach der Größe des Streitgegenstandes eintreten lassen. Allerdings hängt von dieser die Schwierigkeit der Arbeit nicht unbedingt ab, allein es liegt dennoch in der Natur der Sache, daß bei wichtigeren Sachen größerer Eifer angewandt zu werden pflegt, auch darf man nie vergessen, daß die prozeßführenden Parteien, welche die Honorare zu entrichten haben, den Prozeß immer nur als Mittel zum Zwecke betrachten, und man daher ihrer eigenen Anschauung und den Anforderungen des Lebens entspricht, wenn man eine solche Stufenleiter eintreten läßt. Bei der Bildung der diese Abstufung ausdrückenden Kolumnen haben wir zunächst die Kompetenzbestimmungen rücksichtlich der Rechtsmittel zur Grundlage genommen, und auch die übrigen Abstufungen dürften sich nach den Verhältnissen rechtefertigen. Rüksichtlich der Prozeßsachen bei den Ämtern und Stadtgerichten ist eine eigenthümliche Tafe von uns entworfen und wir werden weiterhin darüber das Erforderliche vortragen.

Bei der genauen Verbindung, in welcher hier zu Lande das Notariatsamt



mit der Advokatur steht, und bei dem Mangel gesetzlicher Bestimmungen haben wir uns auch die Aufstellung einer Notariatstare erlaubt.

Die ganze, auf den vorhin angegebenen Grundansichten beruhende Arbeit zerfällt nun in drei Abschnitte:

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

Zweiter Abschnitt. Gebühren.

Dritter Abschnitt. Auslagen.

Der zweite Abschnitt zerfällt wieder in folgende Abtheilungen:

- 1) Tare in Zivilprozesssachen bei den Aemtern und Stadtgerichten.
- 2) Tare in Zivilprozesssachen vor den übrigen Gerichten.
- 3) Tare in Konkursachen, insolventen Nachlasssachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.
- 4) Tare in Strafsachen.
- 5) Tare in nicht prozessualischen Sachen.
- 6) Notariatstare.

In einem besonderen Anhang haben wir die Lehnsachen behandelt, indem diese nur vereinzelt vorkommen. Diese Eintheilung ist so natürlich, daß sie keiner Rechtfertigung bedürfen möchte, und wir daher zur Motivirung der einzelnen Abschnitte schreiten.

## Erster Abschnitt.

### Allgemeine Bestimmungen.

---

Diese enthalten die unverkennbar nothwendigen Anwendungsregeln für die sämtlichen Taxen. Rücksichtlich der einzelnen Bestimmungen ist Folgendes zu bemerken:

ad 1. In Beziehung auf dasjenige, was dem Advokaten an Gebühren und Auslagen zukommt, steht derselbe nur zu der Partei, die seine Hilfe in Anspruch nimmt, in einem Rechtsverhältnisse; nur dieses soll daher durch die Taxe geregelt werden, während die Verbindlichkeit des Gegners zur Kostenerstattung von ganz anderen Rechtsnormen abhängig ist, jenes Verhältniß nicht berührt, also ohne Einfluß auf dasselbe bleiben muß.

Man könnte an und für sich die Belohnung des Advokaten einer vertragsmäßigen Vereinbarung mit dem Klienten überlassen und die Taxe nur als subsidäre betrachten, allein dies würde nicht nur der bisherigen Praxis widersprechen, sondern auch, wie schon im Eingange ausgesprochen ist, leicht zu einem der Stellung des Advokaten Eintrag thuernden Handeln und Dingen, sowie in manchen Fällen zu höchst unwürdigen Streitigkeiten führen. Es dürfte daher dem Interesse beider Betheiligten angemessener sein, die Taxe als absolut maßgebend aufzustellen und — mit Ausnahme einiger Fälle, worüber seines Orts gesprochen werden soll — jede vertragsmäßige Vereinbarung für ungiltig zu erklären.

Daß dagegen ein freiwilliges Geschenk von Seiten des Klienten und ein freiwilliger Erlaß von Seiten des Advokaten nicht unterlag ist, wird keiner Rechtfertigung bedürfen.

ad 2. Die Bestimmung, daß die von der Partei ihrem Rechtsbeistande zu bezahlenden Gebühren und Auslagen ihr regelmäßig von dem unterliegenden Gegner erstattet werden müssen, ist mit dem ad 1 ausgedrückten Zwecke der Taxe nicht im Widerspruche; sie enthält nur, der Vollständigkeit halber, dasjenige, was nach unseren Landesgesetzen als Norm angenommen ist.

Auch die Bestimmung, wonach einige Gebühren und Auslagen von dem unterliegenden Gegner nicht erstattet zu werden brauchen, ist nur eine konsequente Anwendung des bei uns geltenden Grundsatzes, daß nur nothwendige Kosten ersetzt zu werden brauchen. Die nach unseren Vorschlägen von der Erbschaftspflicht des unterliegenden Gegners ausgenommenen Gebühren und Auslagen dürften, aus den demnächst bei denselben speziell angeführten Gründen, zu den nothwendigen nicht gehören.

ad 3. Wird keiner Motivirung bedürfen.

ad 4 und 5. Wird keiner Motivirung bedürfen.

ad 6. Die Nothwendigkeit, worin sich der Advokat befindet, nach einer detaillirten Rechnung seine Belohnung unmittelbar von der Partei zu empfangen, hat namentlich bei dem ungebildeteren Theile des Publikums unvermeidlich nachtheilige Folgen für sein Ansehen. Wird aber nun gar bei Streitigkeiten über die Höhe von Ansätzen ein förmliches Verfahren wie über Rechnungen von Kaufleuten oder Gewerbtreibenden eingeleitet, so ist nichts mehr geeignet, den Advokaten in der allgemeinen Meinung herabzusetzen, besonders wenn ihm die Partei auch noch für die desfallsigen Verhandlungen Zahlung leisten soll. In solchen, vermöge der einfachen und festen Bestimmungen der Taxe künftighin nur seltenen Fällen dürfte der einzige Ausweg zur Rettung des Ansehens der Advokaten der sein, daß die Sache auf dem von uns vorgeschlagenen Wege, mithin auch von den Gerichten als Offizialsache kostenfrei behandelt wird.

## **Zweiter Abschnitt.**

### **Erste Abtheilung.**

#### **Tage in den Sachen bei den Aemtern und Stadtgerichten.**

---

Es ist eine der größten Schattenseiten des jetzigen Verfahrens, daß der Prozeß selbst oft ein Gegenstand des Prozesses wird, und häufig Richter und Advokaten in dem Maße beschäftigt, daß der eigentliche Zweck, das nachgesuchte Recht, darüber in den Hintergrund tritt. Dies ist an sich und ohne Rücksicht auf die Kosten gewiß ein sehr großes Uebel; wenn aber bei Rechtsstreitigkeiten um wichtige Gegenstände der Kostenpunkt von untergeordneter Bedeutung ist, so tritt diese bei geringeren Gegenständen desto stärker hervor, und es muß ohne Zweifel die Aufgabe der Gesetzgebung sein, nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Kosten der Geltendmachung eines Rechts außer allem Verhältnisse zu dem Gegenstande gerathen.

Gleich vielen anderen deutschen Gesetzgebungen hat auch die unserige sich diese Aufgabe gestellt und solche durch verschiedene Einrichtungen zu lösen gesucht.

Zunächst hat sie bei der neuen Organisirung im Jahre 1814 gesetzlich bestimmt, daß geringere Sachen, wohin sie die bis 100 Thaler rechnete, auf eine möglichst kurze, einfache und wenig kostspielige Art abgemacht werden sollten, und deshalb ein mündliches, d. h. protokollarisches und allgemein summarisches Verfahren für dieselben vorgeschrieben. Später hob sie noch erst die Sachen bis zu 20 Thaler, dann aber die bis zu 50 Thaler besonders hervor, indem sie, bei der im allgemeinen durchgeführten Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, diese Sachen, mit Ausnahme der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel, den zugleich mit der Verwaltung und Polizei beauftragten Aemtern überwies, ein durchaus summarisches und mündliches Verfahren rücksichtlich derselben einschärfte und statt der sonstigen, nach den einzelnen Handlungen zu berechnenden Gerichtsporteln, größtentheils ein Pauschquantum festsetzte.

Außerdem hielt die Gesetzgebung es für jenen Zweck förderlich, in den Sachen bis zu 20 Thlr. und später in denen bis zu 50 Thlr. in der Regel die Rechtsbeistände, wenn nicht absolut, doch relativ auszuschließen, indem die unterliegende Partei die durch deren Zuziehung entstandenen Mehrkosten dem Sieger nicht ersetzen sollte.

Die bei diesen Einrichtungen zum Grunde liegende Idee ist offenbar die, daß solche geringfügige Sachen nicht mit einem Aufwande von Rechtsgelahrtheit, sondern so zu sagen mehr polizeilich abgemacht werden sollten, damit die Parteien nicht in die Lage kämen, für zivilistische Gründlichkeit und prozessualische Feinheiten mehr zu bezahlen, als der ganze Gegenstand des Prozesses werth ist.

Für die damaligen Anwälte, deren Wirkungskreis dadurch auf eine für manche von ihnen höchst empfindliche Weise geschnitten wurde, waren diese Einrichtungen nicht ohne Härte. Dennoch wurde unmittelbar keine Klage darüber laut, denn sie mußten die zum Grunde liegende Idee als vollkommen berechtigt anerkennen, und, wenn deren Ausführung erreicht wurde, ihr einseitiges Interesse dem allgemeinen unterordnen und zum Opfer bringen.

Frägt man aber, ob diese Ausführung wirklich erreicht ist, so muß man dies überwiegend verneinen.

Zunächst strandete dieselbe an den Gerichten selbst. Wenn sogar der gebildete Theil der Nichtjuristen mit den Rechten und noch mehr mit den prozessualischen Formen durchgängig sehr unbekannt ist, so ist dies natürlich noch viel mehr bei den Ungebildeteren der Fall, welche überhaupt meistens weder ein zuverlässiges Urtheil, noch die Gabe besitzen, ihre Gedanken gehörig auszudrücken. Mehr oder weniger mußten daher die Gerichte die Obliegenheiten des Rechtsbeistandes für sie übernehmen und dadurch nothwendig in eine schiefe Stellung gerathen. Der Mensch ist nicht ideal genug, um ohne alles äußere Interesse, aus bloßem Pflichtgeföhle, fortwährend eine häufig weder leichte noch ansprechende Obliegenheit zu erfüllen, und so konnte es trotz des im allgemeinen anzuerkennenden Eifers nicht fehlen, daß die faktische Ergründung des Falles sowohl, als die Auffassung der Vorträge der Parteien oft durchaus ungenügend waren und die Parteien häufig und gewiß nicht immer ohne Grund, über verweigertes oder mangelhaftes Gehör klagten, auch wohl den übeln Ausgang der Sache einer ihnen ungünstigen Stimmung des Richters zuschrieben.

Auf der anderen Seite wurde aber selbst die Ausschließung der Anwälte nur sehr unvollkommen erreicht. In vielen Fällen, z. B. wenn auswärtige Parteien, Behörden, Korporationen, oder solche Parteien, die aus triftigen Gründen nicht selbst auftreten konnten, Prozesse führten, verstand sich ihre Zulassung von selbst, und man konnte sie dann auch der Gegenpartei nicht wohl versagen; außerdem hat die Praxis sich überwiegend dahin ausgebildet, die Ausschließung der Anwälte nur als eine relative zu verstehen, dieselben also

durchgängig zuzulassen und nur die durch ihre Zuziehung entstandenen Kosten dem unterliegenden Gegner in der Regel nicht aufzuerlegen.

Waren aber die Rechtsbeistände einmal zugelassen, so konnte nichts sie verhindern, Prozesse um die geringsten Gegenstände mit eben der Künstlichkeit zu betreiben, als ob es sich um die größten und wichtigsten handelte. Wenn dies, wir müssen es mit Bedauern gestehen, nicht selten geschehen ist, so findet es vielleicht, zwar nicht eine Rechtfertigung, doch eine Erklärung darin, daß während ohne alle Erhöhung der Gebühren der Wirkungskreis der Advokaten durch jene und noch andere Einrichtungen erheblich beschränkt, umgekehrt die Zahl der Advokaten auf eine jetzt wohl allgemein als nicht entsprechend anerkannte Art fast gleichzeitig vermehrt wurde.

Ist nun so der allerdings wünschenswerthe Hauptzweck der in Rede stehenden Einrichtungen nur zu einem sehr geringen Theile erreicht, so glauben wir, daß selbst dieser Gewinn durch die damit verbundenen Nachtheile wo nicht überwogen, doch vollständig aufgewogen wird.

Das Publikum wird häufig durch die ihm aufgezwungene persönliche Führung seiner Prozesse in einem hohen Grade belästigt; wir dürfen nur auf solche Personen hinweisen, die überhaupt eine Scheu vor dem persönlichen Auftreten vor Gerichte haben, auf solche, die durch ihre Geschäfte verhindert sind, insbesondere auch auf Frauenzimmer. Schon das stundenlange Warten in ungenügenden Lokalen, in Gesellschaft mit der Hefe des Volks, muß viele abschrecken.

Die Gerichte werden sicher in ihren Geschäften dadurch nicht erleichtert, daß sie selbst die Fälle thatsächlich ergründen, im entgegengesetzten Interesse beider Parteien den rechtlichen Gesichtspunkt auffassen und dann erkennen müssen. Wollen sie sich die Sache erleichtern, so geschieht dies nur zu oft auf Kosten der Gründlichkeit, und die höhere Instanz wird dann um so häufiger und verwickelter.

Vor allen Dingen aber sind dadurch die Advokaten in eine vollkommen falsche Stellung gerathen. Während manche Gerichte sie in allen Sachen zuließen, suchten andere, deren Eifer ihren Takt überwog, sie wo möglich in allen Sachen auszuschließen, wieder andere ließen sie nach Ermessen in einigen Fällen zu, in einigen nicht; die Erstattung der Kosten durch die unterliegende Partei blieb aber jederzeit von dem Ermessen des Richters abhängig. Bedarf es wohl noch einer Schilderung der Unannehmlichkeiten, die dies Alles für die Stellung des Advokaten haben muß, der in seinen wichtigsten Rechten solchergestalt vom Ermessen des Richters abhängt, auf welches subjektive und individuelle Stimmungen den größten Einfluß wenigstens haben können! Selbst den Umstand, daß nach so vielen Jahren sich keine zuverlässige und gleichmäßige Praxis darüber gebildet hat, spricht laut gegen die ganze Einrichtung.

Wir sind daher bei unseren Vorschlägen rücksichtlich der Taxe in diesen Sachen von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Grundidee unserer Ge-

gesetzgebung, Vereinfachung und Wohlfeilheit der Prozesse in kleineren Sachen als Grundidee festzuhalten, jedoch auf eine von der bisherigen abweichende Art zu erzielen sei. Wir halten aber dieses Ziel nur dann für erreichbar, wenn zwar die unbeschränkte Zulassung der Rechtsbeistände in allen Sachen, sowie die Verpflichtung des unterliegenden Theils zur Erstattung ihrer Gebühren ausgesprochen wird, jedoch unter solchen Einrichtungen, daß ihr eigenes Interesse sie zur Abkürzung und Vereinfachung der Sachen antreibt und die Kosten nie zum Gegenstande des Rechtsstreites außer Verhältniß treten können.

Wir halten dies für vollständig erreichbar, wenn der Anwalt in allen Sachen unter 50 Thlr., außer den baaren Auslagen, ein die ganze Prozeßführung begreifendes Pauschquantum von 10, 15, höchstens 20 Prozent von dem Werthe des Gegenstandes erhält und, mit wenigen Ausnahmen, für die einzelnen Handlungen nichts weiter berechnen darf. Durch eine solche auch in mehreren anderen Ländern, z. B. Hannover (Gesetz v. 13. Dec. 1834 Nr. VI.) bestehende Einrichtung hat der Anwalt auch ein äußeres Interesse, die Sachen so schnell und einfach als möglich zum Schlusse zu bringen, und alle bloß formellen Schwierigkeiten abzuschneiden; die Kosten lassen sich mit ziemlicher Sicherheit im Voraus berechnen, sie können nie außer Verhältniß zu dem Streitgegenstande kommen, und so dürfte der Zweck unserer Gesetzgebung weit vollständiger erreicht werden, als durch die bisherige auf eine nicht selten drückende Art das Recht der Parteien, sich vertreten zu lassen, beschränkende, und die Advokaten in eine peinliche Lage versetzende Einrichtung.

Bei der Ausführung dieser Idee in dem Entwurfe der Tare haben wir nun, um Kleinliche und verwickelte Berechnungen zu vermeiden, 10 Kolonnen, um je 5 Thlr. steigend, zu Grunde gelegt und die Beträge für diese Summen abgerundet.

Die drei ersten Sätze entsprechen der Hauptidee.

Nro. 4 und 5 schienen uns in der Billigkeit zu beruhen.

Nro. 6. Wiederklagen und Interventionen sind in der That selbstständige Klagen, und es scheint uns nicht mehr als gerecht, daß für die Führung derselben, da sie nur zufällig in denselben Akten mit der Hauptklage verhandelt werden, der Anwalt besonders honorirt wird.

Nro. 7 und 8 beruhen auf dem rechtlich bestehenden Grundsatz, daß die ungehorsame Partei, welche Restituzion erhält, die Kontumazialkosten erstatten muß.

Nro. 9. Die bisherigen unverhältnißmäßigen Reisekosten in kleineren Sachen haben zu den lautesten und gerechtesten Beschwerden geführt. Durch die hier getroffenen, keiner ausführlicherer Erläuterung bedürfenden Bestimmungen hoffen wir denselben vollständig abzuhefen, indem wir die Verpflichtung der eigenen Partei, ihrem Anwalte Reisen zu bezahlen, und die des unterliegenden Gegners zur Erstattung des desfalligen Aufwands auf solche Reisen beschränkt haben, die nach der Tare selbst oder vermöge des richterlichen Ermessens als

nothwendige gelten. Andere Reisen braucht der Gegner nie, die eigene Partei nur dann zu bezahlen, wenn sie dieselben ausdrücklich verlangt hat. Indem wir ferner in Sachen bis zu 20 Thlr. außer den Reisekosten gar keine Gebühren, in Sachen über 20 Thlr. aber, statt der bisher mindestens 2 Thlr. 16 Sgr. betragenden Diäten und Terminsgebühr, nur 1 Thlr. vorgeschlagen haben, hoffen wir die Reiselust wirksam zu beschränken.

Nro. 10. Wird keiner Erläuterung bedürfen.

Nro. 11. Dies entspricht der Nothwendigkeit und bisherigen Praxis, welche zum Theil noch höhere Ansätze zuläßt.

Nro. 12 bis 15. Da diese Sachen theils dem Gegenstande nach die Kompetenzsumme der Ämter übersteigen, und daher aus Zweckmäßigkeits- und sonstigen Gründen vor dieselben verwiesen sind, theils aber, wie die unter Nro. 14, regelmäßig einer sehr sorgfältigen Behandlung bedürfen und eine gründliche Instruktion voraussetzen, so dürfte rücksichtlich dieser eine höhere Taxe billig und angemessen erscheinen.

## Zweite Abtheilung.

### Taxe in Prozessesachen bei den übrigen Gerichten.

Es giebt zwei Arten, diese Taxe aufzustellen, entweder indem man tarifmäßig eine jede in einem Prozesse mögliche Arbeit aufzählt, oder indem man die Arbeit unter einige Hauptkategorien bringt. Wir haben die letzte Art darum vorgezogen, weil man, abgesehen von der Schwierigkeit einer Aufzählung jeder einzelnen Arbeit, am Ende doch auch hiebei von bestimmten leitenden Grundsätzen ausgehen muß, und es daher gewiß den Vorzug verdient, wenn diese, indem man eben nur die Gattungen der Arbeiten bezeichnet, bestimmter an's Licht treten. Sind diese Grundsätze einfach und leicht erkennbar, so hat man viel weniger Lücken und Zweifel zu besorgen, als bei einer tarifmäßigen Aufstellung.

Wir haben diesen Zweck erreichen zu können geglaubt, indem wir bei diesem sowohl als bei den folgenden Abschnitten als obersten Grundsatz den Unterschied zwischen den rein advokatorischen und den Prokuraturgeschäften festgehalten und die zu beiden gehörenden Hauptarten von Arbeiten unter wenige einzelne Gattungsbegriffe gefaßt haben. Behuf der Erläuterung und näheren Bestimmung haben wir mehr in der Form von Beispielen unter diesen einzelnen Gattungen die am häufigsten vorkommenden zu denselben gehörenden Arbeiten aufgeführt und, wo es nöthig war, die erforderlichen näheren Bestimmungen beigelegt. Wir hoffen, daß in der Praxis nicht leicht irgend eine Arbeit vorkommen wird, deren Klassifizierung eine wirkliche Schwierigkeit finden dürfte.



Zu den rein advokatorischen Arbeiten rechnen wir nur die Termine und Schriften erster Gattung, Nro. 19 und 21, alle übrigen in der zweiten Abtheilung vorkommenden Geschäfte, mit Ausnahme der Information, Nro. 16 und 17, wo die Thätigkeit des Advokaten und die des Prokurators zusammenfallen, gehören nicht jenem Wirkungskreise an, sondern dem des Vertreters, Geschäftsführers und Bevollmächtigten der Partei.

Wir haben sodann als Regel drei verschiedene Kategorien nach der Größe des Gegenstandes angenommen. Zur Rechtfertigung einer solchen Verschiedenheit überhaupt haben wir in den allgemeinen Vorbemerkungen das erforderliche gesagt. Zur Motivirung der vorgeschlagenen Gebührensätze selbst bemerken wir Folgendes:

1) Die erste Kolonne, bis zu 100 Thlr., gründet sich darauf, daß solche Sachen nach der gesetzlich hier stattfindenden mehr summarischen Prozeßform und weil sie nicht appellabel sind, zu den kleinern gerechnet werden, und daher die von uns vorgeschlagene Taxe in Vergleichung mit den jetzt bei solchen Sachen entstehenden Kosten das Resultat haben wird, daß diese wo nicht vermindert, doch keinen Falls vermehrt werden.

2) Die Sachen von 100 bis 500 Thaler sind nach den Verhältnissen unseres Landes die häufigsten, und können als die Grundlage einer jeden soliden advokatorischen Praxis betrachtet werden. Die Bestimmung unserer Gesetzgebung, wonach in Sachen von 100 bis 500 Thlr. zwar die Appellation, jedoch regelmäßig nur an das Mittelgericht zulässig ist, dürfte ebenfalls diese Rubrik rechtfertigen.

3) Da nach dem Obengesagten Sachen über 500 Thlr. über das Gewöhnliche hinausgehen und zu den wichtigeren gehören, so möchte sich auch die dritte Kolonne rechtfertigen.

Ebenso glauben wir, da Sachen von 2500 bis 10,000 Thlr. zu den selteneren und Sachen über 10,000 Thlr. zu den Ausnahmen gehören, nach der größeren Sorgfalt, die auf solche Sachen verwandt, wenigstens von den Parteien gefordert wird, die Erhöhung einzelner Ansätze für dieselben ohne Unbilligkeit vorschlagen zu dürfen.

Wir gehen nunmehr zu den einzelnen Ansätzen über:

Nro. 16. Information überhaupt.

Nro. 17. Information behuf der Beweise.

Wir haben diese Positionen an die Spitze gestellt, nicht nur weil sie sich über den ganzen Prozeß erstrecken und dieser damit beginnt, sondern auch weil wir sowohl auf die Information selbst, als insbesondere auf die richtige Würdigung und Honorirung der desfallsigen Bemühungen die größte Wichtigkeit legen. Da dies bis jetzt nicht stattgefunden hat, so müssen unsere desfallsigen Vorschläge von der bisherigen Praxis erheblich abweichen. Wir betrachten diesen Theil unserer Vorschläge als den Angelpunkt sowohl für eine tüchtige Prozeßführung, als für die richtige Stellung des Advokaten seiner

Partei gegenüber, und können es daher nicht vermeiden, in unserer desfallsigen Motivirung besonders ausführlich zu sein.

Die Nothwendigkeit und die Pflicht des Sachführers, sich gründlich und vollständig von dem konkreten Falle zu unterrichten, ist schon oben hervorgehoben worden. Was er zu diesem Zwecke zu thun hat, läßt sich, bei der unendlichen Verschiedenheit der einzelnen Fälle, nur in höchster Allgemeinheit ausdrücken. Er muß, will er sich als treuer und umsichtiger Rechtsfreund bewähren, so lange forschen, bis er sich ein vollständiges und lebendiges Bild des konkreten Falls geschaffen hat, das Historische desselben sich reproduziren kann. Nur wenn er dies thut, kann er über den muthmaßlichen Ausgang des Rechtsstreits ein motivirtes Urtheil fällen und demgemäß Rath ertheilen, ob ein Prozeß zu wagen sei oder nicht.

Nur wer selbst Advokat gewesen ist und als solcher seinen Beruf gewissenhaft erfüllt hat, kann den Umfang und die Schwierigkeit der hiebei unter Umständen erforderlichen Arbeiten gehörig würdigen. Diese Schwierigkeit liegt oft in den Verhältnissen selbst, in deren natürlicher Verwickelung, besonders wenn sie vielleicht noch durch das Alter verbunkelt sind. Nur wer selbst Advokat gewesen ist, vermag zu ermessen, wie viele Schritte oft zu deren Aufklärung geschehen müssen, Schritte, die, wenn auch oft ohne Ergebnis, doch nicht unterbleiben dürfen, weil sie dem Anscheine nach ein solches versprochen.

Aber nicht mit den in der Sache liegenden Schwierigkeiten allein hat der Advokat zu kämpfen, sondern auch mit denen in der Person seines Klienten. Regelmäßig befindet sich der Klient bei dem Kampfe um das Recht, wie bei jedem Kampfe, mehr oder weniger in einer leidenschaftlichen Aufregung, und ist daher selten im Stande, den Fall objektiv anzuschauen und zu beurtheilen, seine Mittheilungen an den Advokaten tragen größtentheils eine jener subjektiven Stimmung entsprechende Färbung. Ist er nun, wie die Mehrzahl der Personen, mit denen der Advokat in Berührung kommt, ungebildet, so vermehrt sich die Schwierigkeit unsäglich. Bei solchen Personen namentlich ist die Aufgabe, aus dem Labyrinth von einseitigen Ansichten, vorgefaßten Meinungen, absichtlich oder unabsichtlich entstellten Thatsachen, unzähligen unerheblichen und irreführenden Bemerkungen, vorgetragen in den verworrensten und mangelhaftesten Ausdrücken, das Wahre und Erhebliche herauszufinden und zu einem richtigen Bilde zu gestalten, häufig nur vermöge großer Geduld und Ausdauer, Sach- und Menschenkenntniß und imponirender Festigkeit zu lösen.

Die Zeit des Advokaten wird aber nicht allein durch die zu diesem Behufe nöthigen Arbeiten, sondern auch noch dadurch häufig in Anspruch genommen, daß der Klient, um seine Aufregung zu beruhigen, demselben Besuche und Vorträge macht. Der Advokat kann nicht wie die Gerichte Sprechtage ansehen, er muß seiner Partei immer zugänglich sein. Mag er am Schlusse der Konsultation zu der Ueberzeugung gelangen, daß dieselbe unnöthig und nutzlos war, immer hat er eine Störung und einen Zeitverlust erlitten.

Für die Verbindlichkeit des Klienten, seinen eigenen Rechtsbeistand zu belohnen, ist die durchgreifende also auch für die Information geltende Regel die, daß er denselben für jede in der Ueberzeugung von deren Nützlichkeit oder Nothwendigkeit unternommene, mit gewissenhaftem Fleiße ausgeführte Arbeit oder Bemühung, ohne Rücksicht auf deren Erfolg, namentlich ohne Rücksicht auf die Verbindlichkeit des unterliegenden Gegners zum Ersatze, entschädigen muß, denn beide hängen von Zufälligkeiten ab und können dem Anwalte bei seiner Thätigkeit nicht zur Richtschnur dienen.

Daraus folgt aber unmittelbar, daß alles, was dem Rechtsbeistande behuf der Instruktion zweckmäßig schien oder wozu ihn der Klient veranlaßte, von diesem vergütet werden muß, mag es Erfolge haben und vom unterliegenden Gegner zu ersetzen sein oder nicht.

Ganz anders stellt sich der Anspruch auf Ersatz in Beziehung auf den unterliegenden Gegner. Man kann von jedem Manne von gewöhnlicher Einsicht und Erfahrung, wie er ja von den Gesetzen durchgängig als Grundtypus des Rechtssubjekts betrachtet wird, erwarten, daß er von seinen eigenen Angelegenheiten unterrichtet sei, und, wenn er nicht davon unterrichtet ist und sich selbst nicht davon unterrichten kann, sich durch Hilfe Sachverständiger davon unterrichten lasse, weil dies auch ohne alle Rücksicht auf Rechtsstreitigkeiten das höchste Interesse für ihn hat.

Aber selbst wenn Jemand vollständig von den seinen Rechtsstreit betreffenden Angelegenheiten unterrichtet ist und den Sachführer vollkommen davon unterrichten kann, bedarf es für diesen doch mindestens eines Zeitaufwandes, um die Mittheilung aufzunehmen und aufzufassen. Die Belohnung, die er dafür erhält, gehört offenbar zu den nothwendigen Kosten und muß daher vom unterliegenden Gegner erstattet werden.

Ist dagegen die Partei, die einen rechtlichen Kampf beginnen will oder muß, von der zum Grunde liegenden Angelegenheit gar nicht oder nicht gehörig unterrichtet, jedoch im Stande, sich selbst die nöthige Auskunft darüber zu verschaffen, so wird es niemand einfallen, ihr eine Vergütung für die Zeit und Mühe zuzubilligen, die sie verwenden muß, um sich bei Gelegenheit eines Rechtsstreits Auskunft über ein Verhältniß zu verschaffen, das sie auch ohne Rücksicht auf diesen regelmäßig interessieren muß.

Ist sie aber nicht im Stande, sich diese Auskunft selbst zu verschaffen, so kann dafür, daß ihr der Willen oder das Geschick dazu mangelt und sie sich eines Anderen dazu bedienen muß, der unterliegende Gegner nicht büßen. Kann daher eine solche Partei ihren Sachführer nicht gehörig instruiren, und überträgt sie, was in einem solchen Falle gewiß höchst zweckmäßig ist, diesem selbst die zur Ertheilung der Information erforderlichen Geschäfte, so ist es ebenso billig, daß sie ihn dafür entschädigt, als es unbillig sein würde, dem unterliegenden Gegner den Ersatz des dafür Aufgewandten aufzuerlegen.

Die bisherige Praxis erkennt nun im Allgemeinen an, daß dem

Rechtsbeistände für die Instrukzion etwas gebühre, und befolgt dabei zwei verschiedene Wege. Einige Gerichte gestatten unter der Benennung Arrha bei der Uebernahme der Sache eine bestimmte mäßige Vergütung, außerdem aber noch besondere Ansätze für die auf die Informatzion sich beziehenden Briefe und Konferenzen. Andere dagegen lassen für diese keine Vergütung passiren, sondern gestatten nur ein für allemal einen nach Umständen erhöhten Ansaß pro arrha.

Die erste Ansicht ist in ihrer Grundidee richtig, indem sie davon ausgeht, dem Anwalte den wirklichen Zeitaufwand zu vergüten. In der praktischen Ausführung fehlt sie aber darin, daß sie die Informatzion nicht als ein Ganzes betrachtet und schätzt, sondern nur die darstellbaren Einzelheiten zum Maassstabe ihrer Schätzung nimmt, und daher bald zu wenig, bald zu viel thut.

Sie thut zu wenig, indem sie, gerade den wichtigsten Theil der bezüglichlichen Arbeiten, die auf dem Papiere undarstellbare und nur aus der Führung der Sache im Allgemeinen erkennbare geistige Thätigkeit nicht in Anschlag bringend, den Anwalt zwingt, über seine Bemühungen eine den Schneiderrechnungen nicht unähnliche Liquidazion aufzustellen. Kann man dies schon an sich nicht ohne drückendes Gefühl, so wird dieses Gefühl bis zur Demüthigung gesteigert durch die Art, wie die Gerichte bei der Festsetzung häufig mit solchen Rechnungen verfahren. Hier wird eine Konsultazion für eine Erkundigung erklärt, dort eine Moderazion von ein Paar Groschen beliebt, endlich wird häufig bei den einzelnen in Ansaß gebrachten Bemühungen, mit alleiniger Rücksicht auf den Erfolg, ihre Nothwendigkeit und deshalb die dafür berechnete Vergütung nicht anerkannt, ohne zu berücksichtigen, daß der Impuls zu der überwiegenden Mehrzahl solcher Handlungen von der Partei ausgeht, und daher deren Erfolg vielleicht im Verhältnisse zum Gegner als Maassstab der Beurtheilung ihrer Nothwendigkeit gelten kann, im Verhältnisse des Klienten zu seinem Anwalte aber immer dasjenige, was wirklich geschehen ist, die Verpflichtung zur Entschädigung zur Folge haben muß, vorausgesetzt, daß es nicht offenbar ungehörig ist.

Sie thut zu viel, indem sie, unter der Herrschaft jenes Detailgeistes, einer jeden Nebenbemühung, z. B. Erkundigungen, gewöhnlichen brieflichen Mittheilungen im Laufe des Prozesses und dergleichen, wenn sich nur sichtbare Spuren davon in den Akten finden, dieselbe Berechtigung einräumt, sie mit derselben Elle mißt, wie die wirklichen zur Information gehörenden Arbeiten. Die Folge davon ist, daß derjenige Rechtsbeistand, der vermöge seiner Richtung vielen Stoff von oft nur zu unerquicklicher Natur in den Akten niederlegt, sich besser steht, als der seinen Verus mit höchster Anstrengung seiner Geisteskräfte ausübende!

Die zweite Ansicht — wornach mit Ausschluß aller Vergütung für Korrespondenzen und Konferenzen nur ein Ansaß pro arrha zugelassen wird — vermeidet zwar viele von diesen Ausstellungen, hat aber dagegen den Hauptmangel, daß, weil die Gerichte von dem behuf der Informatzion erforderlichen

Aufwande an Zeit und Mühe selten einen richtigen Begriff, oft nicht einmal eine Ahnung haben, sie dieselben regelmäßig unterschätzen, und die bloßen als rein mechanische Arbeiten anzusehenden und zu bezahlenden Nebenbemühungen in eine unnatürliche Verbindung mit der Information bringen.

Beide Ansichten fehlen aber gemeinschaftlich darin, daß sie sich den Unterschied zwischen dem Falle, wo der Sachführer mehr passiv die ihm von dem Klienten ertheilte Information empfängt, und dem, wo er selbst aus einer Masse ungefilterten Materials sich instruiert oder selbst statt des Klienten das Material zu derselben herbeischafft, sich nicht zum deutlichen Bewußtsein bringen, auch zwischen den diesfälligen Bemühungen und den bloß mechanischen Nebenarbeiten im Prozesse nicht unterscheiden.

Die Folge davon ist, daß beim Mangel einer angemessenen Vergütung die Instruktion höchlich vernachlässigt wird, und die Parteien dasjenige, was ihnen aus wohlgemeinter aber übel angebrachter Fürsorge hier erspart wird, im Prozesse selbst mit Zins und Zinseszins, oft mit dem Verluste der ganzen Sache bezahlen und büßen müssen.

Wir haben bei unseren Vorschlägen diese Klippen auf folgende Art zu vermeiden gesucht.

Eine Information ist bei der Uebernahme eines Prozesses immer erforderlich, denn auch wenn der Klient dieselbe vollständig ertheilen kann, muß der Sachführer Zeit aufwenden, um sich von ihm unterrichten zu lassen, und diese Bemühungen sind nicht bloß bei der Uebernahme des Prozesses erforderlich, sondern sie erstrecken sich — auch abgesehen von der Beweisinstanz — über den ganzen Lauf desselben. Bei jedem Schritte des Gegners zur Geltendmachung eines Rechts (Einreden, Duplikationen) wird eine Instruktion erforderlich, desgleichen wegen etwaiger Kauzionen, Anträge auf Sicherheitsmaaßregeln, Vergleichsverhandlungen und ganz besonders in der Exekutionsinstanz. Es ist billig, daß der Klient die desfalligen Bemühungen seines Rechtsbeistandes bezahlt und auch diesen unbedingt nothwendigen Aufwand von dem Gegner erstattet erhält. Die dafür vorgeschlagenen, die bisherigen nicht bedeutend übersteigenden Ansätze werden daher gerechtfertigt erscheinen. Wenn wir dabei, abweichend von unserer übrigens befolgten Regel, ein Maximum und ein Minimum vorgeschlagen haben, so hat dies in der möglichen Verschiedenheit des Umfangs dieser Bemühungen auch in den als Regel vorausgesetzten Fällen seinen Grund.

Die Beweisführung ist nach unserem Verfahren einem besonderen Abschnitte des Prozesses vorbehalten und erfordert regelmäßig eine besondere Instruktion. Es kann vorkommen, daß der Kläger den Klaggrund und Replikten zu beweisen und gegen den Einreden- und Dupliktenbeweis einen direkten Gegenbeweis zu führen hat. Selbst dann aber, wenn die eigene Partei gar keinen Beweis zu führen hat, veranlaßt der vom Gegner unternommene neue Bemühungen. Urkunden müssen nach Form und Inhalt geprüft, über die

Fähigkeit der Sachverständigen, über die Integrität der Zeugen Erkundigungen eingezogen werden. Wie sehr die höchste Gründlichkeit und Sorgfalt auch hierbei im Interesse der Partei liegt, wird nicht in Zweifel gezogen werden, und so möchte es angemessen erscheinen, daß diese wichtige Information noch besonders mit der Hälfte des Satzes für die Information überhaupt bezahlt wird.

Die allgemeine Information zusammen mit der über den Beweis würde nach unseren Vorschlägen kosten:

In Sachen von	50 bis 100 Thlr.	1 Thlr. bis 2 Thlr.
"	100 " 500 "	2 " " 3 "
"	500 " 2500 "	3 " " 4½ "
"	2500 " 10,000 "	4½ " " 7½ "
	über 10,000 "	7½ " " 15 "

und mit Berücksichtigung, daß so viele einzelne Posten dann wegfallen, sind diese Ansätze gewiß nicht übertrieben.

Wir haben hier den Fall behandelt, wo der Sachführer sich mehr passiv verhält, indem die Partei selbst ihn instruiert und das dazu erforderliche Material liefert, und wir sind, gestützt auf unsere Erfahrung, der Meinung, daß in den die überwiegende Mehrzahl unserer Praxis bildenden gewöhnlichen Fällen dieses vom unterliegenden Gegner zu erstattende Honorar auch der eigenen Partei gegenüber ausreichen wird.

Es giebt aber Fälle, wo dasjenige, was die Partei dem Sachführer vorzulegen vermag, um seine Information daraus zu schöpfen, zu diesem Zwecke durchaus ungenügend ist und er nun, um zu dem Punkte zu gelangen, wo das Material so vollständig gesammelt und geordnet ist, um auf Grundlage desselben die Information beginnen zu können, genöthigt ist, selbst die Hand an's Werk zu legen. Zwar kann auch bei einfachen Sachen in dieser Beziehung irgend eine vom Anwalte auszufüllende Lücke eintreten, allein diesen Fall haben wir nicht weiter berücksichtigt, sondern für denselben das gewöhnliche Honorar für ausreichend gehalten.

Nur weitläufige, insbesondere verwickelte und verdunkelte Sachen, in denen der Sachführer, ehe er dazu gelangt, sich informiren zu können, sich behuf der Herbeischaffung und Ordnung des dazu erforderlichen Materials umfassenden Bemühungen unterziehen muß, haben wir hervorgehoben und für diese eine Erhöhung des Honorars für erforderlich gehalten. Wir heben beispielsweise nur den Fall hervor, wo behuf der Legitimazion zu einer Erbschaftsklage in Archiven, Kirchenbüchern und Akten aller Art Nachforschungen anzustellen, und Auskunft und Bescheinigungen über verdunkelte Familienverhältnisse vielleicht aus fremden Ländern herbeizuschaffen sind. Ferner den Fall, wo die gegenseitigen Ansprüche aus verwickelten Sozietätsunternehmungen festzustellen und zu diesem Behufe Verträge zwischen den Parteien und mit Dritten, Handlungsbücher, Korrespondenzen, Rechnungen u. s. w. einzusehen und zu prüfen sind. Daß solche Bemühungen besonders honorirt werden müssen, ist um so weniger

zu bezweifeln, als dies auch nach der jetzigen Praxis geschieht, von der unser unter Lit. B. enthaltener desfalliger Vorschlag nur insofern abweicht, als wir eine detaillierte Rechnung darüber zu vermeiden wünschen.

Bestimmte Sätze dafür auszuwerfen, haben wir nicht für thunlich gehalten, da sich solche Arbeiten der selbst annähernden Bestimmung nach Kategorien entziehen, mithin nur die einzelnen Fälle und die Leistungen in denselben den Ausschlag geben müssen. Die Bemühungen in solchen Fällen können jahrelange Vorarbeiten enthalten, und eben darum würde, selbst bei der Auswerfung eines Maximums und Minimums, der Spielraum so weit gelassen werden müssen, daß es illusorisch würde.

Wir haben schon oben die Gründe entwickelt, weshalb es uns gerecht scheint, daß die Vergütung, die der Sachführer für die Bemühung erhält, sich aus einem vollständigen und geordneten Material zu informiren, dem Klienten von dem unterliegenden Gegner erstattet werde, und weshalb es uns ungerecht scheint, daß dieser Ersatz auch die Vergütung für die Bemühungen umfaßt, die der Sachführer und Anwalt aufwendet, um jenen Moment, wo er mit der gewöhnlichen Information beginnen kann, herbeizuführen.

Um diese Ansicht richtig zu würdigen, muß man sich hüten, dem Grundsatz, daß der unterliegende Gegner die auf den Prozeß verwandten Kosten zu ersetzen hat, eine solche Ausdehnung zu geben, wie es leider nur zu häufig geschieht und im Volke verbreitet ist, daß nämlich der Sieger von dem Prozesse keine Kosten haben dürfe, und der Advokat nur auf so viele Kosten Anspruch habe, als vom Gegner zu ersetzen sind.

Dieser Grundsatz scheint uns an sich irrig. Es ist als ein Unfall, als ein Mißgeschick, oft auch als ein Verschulden zu betrachten, wenn jemand in Verwickelungen geräth, die nur durch Gerichte und Anwälte zu entwirren und zu beseitigen sind, und er kann sich mit Grund nicht beklagen, wenn ihm dies selbst im glücklichsten Falle einige Opfer kostet. Die unbeschränkte Verbindlichkeit des unterliegenden Gegners zur Kostenersatzung ist weder überall durch Gesetz oder Praxis eingeführt, noch von allen Rechtslehrern als absolut vernunftmäßig anerkannt, und Rechtsstreitigkeiten sind zwar vielfach die Veranlassung, keineswegs aber jedesmal der unbedingte Grund, um sich über die einschlagenden Verhältnisse aufzuklären. Jemand, der bei Gelegenheit eines Erbfalls sich über seine Familienverhältnisse unterrichtet, würde dies später wohl auch ohne eine solche gethan haben. Der Erbe des Theilhabers eines verwickelten Geschäftes mußte sich über sein Verhältniß zu den übrigen Societären auch ohne den gegenwärtigen Prozeß Aufklärung verschaffen u. s. w.

Für den Advokaten ist eine solche Ausdehnung jenes Grundsatzes rücksichtlich der ihm für weitläufige Arbeiten behuf der Information gebührende Vergütung eine nicht genug zu bekämpfende.

Der Begriff des behuf der Information Nothwendigen ist verschieden, je nachdem man ihn auf den eigenen Klienten oder auf dessen Gegner anwendet.

Soll nun alles, was der eigene Klient für die Information aufzuwenden hat, vom Gegner erstattet werden, so muß man vieles ausscheiden, was zwar nicht diesem gegenüber als nothwendig sich darstellt, wohl aber im Verhältnisse des Rechtsbeistandes zu seinem Klienten, welches doch für jenen allein maaßgebend sein muß. Wollte man aber auch dem Begriffe des Nothwendigen eine größere gesellschaftliche Ausdehnung geben, so würde doch eine gewisse Pietät für den zur Kostenerstattung verpflichteten Besiegten, der in der Regel doch schon übel genug daran ist, bei den Gerichten unvermerkt eine zur Praxis sich gestaltende Neigung herbeiführen, den Begriff des Nothwendigen nach dem Verhältnisse zur Gegenpartei zu beschränken. Auf jeden Fall kommt dann der Advokat dabei zu kurz, die Vergütung für seine Bemühungen bei der Information wird ungebührlich geschmälert, und dies fällt am Ende nicht bloß auf seinen Klienten, sondern auch auf den Gegner zurück, dem eine mangelhafte Information ebenso nachtheilig werden kann. Der Advokat muß dann aber auch darauf verzichten, für dasjenige, was ihm so verkürzt ist, seine eigene Partei in Anspruch zu nehmen; selbst gebildete und anständige Klienten werden, wenn er für alles, was die Gerichte als nothwendig betrachten, vom Gegner bezahlt ist, jeden weiteren Anspruch an sie als ungebührlich wo nicht bekämpfen, doch wenigstens betrachten, denn die Klienten sind in Deutschland nur zu geneigt, die Advokaten als Leute zu betrachten, die für Rechnung und Gefahr der Gegenpartei arbeiten. Einer solchen Ansicht kann aber nicht kräftig genug entgegen gearbeitet werden, wenn der Advokatenstand die ihm gebührende Stellung einnehmen soll.

Wir legen daher auf diesen Theil unserer Vorschläge das größte Gewicht. Nur auf diesem Wege kann der Advokat darauf rechnen, daß der Richter und das Publikum seine Stellung in prozessualischen Angelegenheiten gehörig würdigen lernen, nur so wird der einzelne Advokat nicht länger durch klägliche Rücksichten abgehalten werden, sich fremden Interessen mit Lust und Liebe hinzugeben, vielmehr ist zu hoffen, daß die Standesglieder die wahre Aufgabe ihres Berufs klarer fassen und mit mehr Freudigkeit und Erfolg lösen werden.

18. Prokuraturgebühr. Diese gilt für sämtliche Arbeiten, welche der gewöhnliche Prozeßbetrieb nöthig oder unvermeidlich macht: Besorgung der Abschriften und des Stempelpapiers zu denselben, Rouvertirung und Absendung der Schriften, Besprechungen mit der Partei und dem Gegner, mündliche oder schriftliche Notifikationen und Korrespondenzen, welche sich nicht auf die Information beziehen, Einlösung der gerichtlichen Bescheide, Führung der Mannakten, Rechnung über Auslagen u. s. w. Diese, einzeln betrachtet, meist unbedeutenden und rein mechanischen Arbeiten rauben durch ihre Menge einen großen Theil der Zeit und stumpfen, wenn sie sich gerade häufen, den Advokaten oft für die übrige Tageszeit ab. So wünschenswerth es für ihn wäre, daß er mit diesen mechanischen Arbeiten ganz verschont und dafür besondere untergeordnete Geschäftsleute als Prokuratoren angestellt werden könnten, so er-



scheint dies doch für jetzt unthunlich, und wenn die Besorgung jener Geschäfte die Avokatur in ihrer Entfaltung stört und ihrer Würde Abbruch thut, so entspringen daraus für das Publikum mannigfache und große Vortheile, namentlich der nicht gering anzuschlagende, daß unser Vaterland nicht wie England oder Frankreich mit einer sich leicht zur Landplage gestaltenden Heerschaar bloß routinirter Geschäftsmänner überschwemmt wird. Muß auch der Advokat im Interesse des Ganzen viele bloß Routine erfordernde Arbeiten mitbesorgen, so hat es doch der einzelne in seiner Hand, sich vor dem Untergange im Mechanismus zu bewahren und nie zu vergessen, daß er nicht Diener einer Partei, sondern Patron eines Klienten ist.

Die Geschäfte der Avokatur und Prokuratur sind aber, wenn auch in derselben Person vereinigt, doch in ihrem innersten Wesen verschieden, und da man den Prokuratoren bei den Obergerichten und anderen Ortsprokuratoren, die nur einen Theil jener Geschäfte und gewiß den geringeren besorgen, eine Vergütung zu bewilligen nicht ansteht, und, oft gewiß in dem naiven Glauben, es seien Avokaturarbeiten, für die einfachsten Briefe und Besprechungen einen Ansatß passiren läßt, so dürfte, da dem Advokaten für jene zeitraubenden mechanischen Geschäfte eine Vergütung nicht zu versagen ist, dafür eine monatliche Prokuratorgebühr zu empfehlen sein und beim Wegfallen jedes anderen Ansatzes für Nebenbemühungen die Prozeßkosten im Ganzen gewiß nicht vermehren, während durch die Trennung der Vergütung für Prokuratorgeschäfte und Advokatenarbeiten der den letzteren gebührende Rang in's gehörige Licht gestellt würde.

Die Bestimmung einer monatlichen Prokuratorgebühr und deren Betrag stützt sich auf die bisherige Praxis rücksichtlich der Ortsprokuratoren, namentlich bei den Obergerichten.

Die übrigen Bestimmungen unter A bis C, so wie die sich auf Nro. 16 bis 18 beziehende Schlußbestimmung werden keiner weiteren Motivirung bedürfen.

Rücksichtlich der Gebühren für die bei den Obergerichten angestellten Prokuratoren haben wir nur für die an das Oberappellationsgericht gelangenden Sachen bis zu 500 Thln. eine Herabsetzung der jetzigen Tare um ein Drittel vorgeschlagen. Die jetzige Tare beträgt, wenn eine Sache zum Verfahren kommt und ein Jahr lang anhängig bleibt

1. Archä . . . . .	1 Thlr. 12 Ggr.
2. Prokurator-Gebühr für 12 Monat . . . . .	4 " 12 "
3. Publikationstermin . . . . .	1 " 12 "
	<hr/>
	7 Thlr. 12 Ggr.

welches uns bei einer Sache unter 500 Thlr. für die geringfügigen Bemühungen des Prokurators um so mehr zu hoch erscheint, als der Sachführer, wenn er eine Rechtfertigungs- oder Submissionschrift von 5 Bogen einreicht, nur ebensoviel verdient.

Nro. 19. Unserer Grundansicht getreu, daß nur diejenigen Arbeiten der Advokatur angehören, die sich mit der Darstellung des Falles beschäftigen, haben wir nur solche Termine, deren Hauptzweck Vorträge dieser Art sind, zu den advokatorischen Arbeiten rechnen können, und sie daher als Termine erster Klasse bezeichnet, während wir alle Termine, die andere Vorträge zum Gegenstande haben, als Termine zweiter Klasse bezeichnet haben.

Da es sich aber zutragen kann und häufig zuträgt, daß nur der Anwalt der einen Partei einen die Darstellung des Falles enthaltenden Vortrag hält, während der Anwalt der anderen Partei entweder gar nichts vorträgt oder einen Vortrag hält, der nichts mit der Darstellung des Falles zu thun hat, so kann dieser nur auf eine geringere Belohnung Anspruch machen, und es ist uns daher billig erschienen, daß für die verschiedenen in demselben Termine thätigen Anwälte eine verschiedene Taxe stattfinden kann, so daß der Termin für denjenigen, dessen Vortrag die Darstellung des Falles zum Gegenstande hat, als Termin erster Klasse, für denjenigen, der gar nichts oder Gegenstände anderer Art vorträgt, als Termin zweiter Klasse gilt.

Die Ansätze für einen Termin erster Klasse zu 16 Ggr., 1 Thlr., 1½ Thlr. 2 Thlr., 3 Thlr., je nach der Größe des Gegenstandes, erscheinen uns durchaus angemessen. Der in der ersten Kolonne zu 16 Ggr. stimmt mit der bisherigen Praxis überein, und der in der zweiten Kolonne, welcher die Regel bildet, übersteigt dieselbe nur um ein geringes. Die übrigen allerdings mehr abweichenden Sätze dürften nach dem höheren Betrage des Gegenstandes, der einen unabweislichen Einfluß auf die Taxe hat, gewiß nicht übertrieben erscheinen.

Es ist aber dabei besonders hervorzuheben, daß in der Wirklichkeit regelmäßig die Prozeßkosten dadurch nicht vermehrt werden. Die jetzige durchgängige Taxe von 16 Ggr. für jeden in einem Termine erscheinenden Rechtsbeistand ist, wenn er wirklich *merita causae* vorträgt, offenbar zu gering. Hält er einen Vortrag, der niedergeschrieben 2 oder 3 Bogen füllen würde, so erhielte er dafür, wenn er ihn schriftlich übergäbe, nach der jetzigen Taxe 1 Thlr. 8 Ggr. und 2 Thlr. Soll er diesen Vortrag in einem Termine halten, so muß er, wenn er ihn nicht vorher wirklich niederschreibt, sich doch so zu demselben vorbereiten, daß er ihn in derselben Zeit, wo er ihn zu Protokoll giebt, zu Hause niederschreiben könnte. Er muß also dieselbe Zeit dazu verwenden, die er zu einer schriftlichen Redaktion brauchte, außerdem aber sich deshalb auf das Gericht begeben und dort oft stundenlang warten, ehe der Termin vor sich geht. Ist es daher wohl zu verwundern, daß man nach Möglichkeit es vermeidet, in dem Termine Vorträge der Art zu halten? Man sucht es im Gegentheil dahin zu wenden, daß im Termine nichts vorgetragen, sondern die Sache in einer Schrift verhandelt wird. Die Termine bleiben daher häufig ohne Erfolg, die Sachen werden dadurch verzögert und die Terminskosten sind oft ganz weggeworfen. Wird aber ein Termin erster Klasse einigermaßen angemessen honoriert, so wird auch dessen Zweck erreicht werden, und die Prozeßkosten dürften

trog dieses höheren Satzes im Ganzen um so weniger für die Klienten vermehrt werden, als in den häufigen Fällen, wo nur ein Rechtsbeistand *merita causae* vorträgt, der des Gegners eine weit geringere Belohnung erhält.

Was nun die Fälle betrifft, in denen nach unseren Vorschlägen die gewöhnliche Terminsgebühr etwas erhöht werden soll, so ist darüber Folgendes zu bemerken.

ad a. Dies entspricht der bisherigen Observanz, wonach für Termine von so ungewöhnlich langer Dauer die doppelte Gebühr bewilligt wird.

ad b. Desgleichen, weil zu solchem Termine die Theiligten nicht so pünktlich zu erscheinen pflegen als im Gerichtstokale, und sie dieserhalb und aus anderen Gründen einen ungewöhnlichen Zeitaufwand mit sich führen.

ad c. Dies erscheint, da für Rezeße keine besondere Gebühr passirt, mit Rücksicht auf den Umfang derselben und die Schriftentare gewiß durchaus billig.

ad d. Nach dem Vorgange der desfallsigen Bestimmung rücksichtlich der Gemeindeprozesse erscheint dies gewiß höchst angemessen, um dem Anwalte auch einen äußeren Antrieb zur Beförderung von Vergleichen zu geben.

Nro. 20. Wird keiner besonderen Motivirung bedürfen.

In Beziehung auf die unter A bis D enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über beide Klassen von Terminen wird nur die unter D noch einer Bemerkung bedürfen.

Nach hiesigen Gesetzen hat der Richter darüber zu bestimmen, ob das Verfahren in Schriften oder in Terminen stattfinden soll. Der Advokat ist vorzugsweise darauf hingewiesen, die Gesetze zu ehren, und vor allem den Schein zu vermeiden, als ob er aus Eigennuß von dem abzuweichen suche, was der Richter kraft seiner gesetzlichen Autorität in jener Hinsicht bestimmt hat; es könnte daher gerecht erscheinen, daß er für einen nachgelieferten Rezeß keine besondere Gebühr neben der für den Termin erhielte.

Allein häufig befindet sich der Anwalt unverschuldet außer Stande, in einem Termine die ihm obliegende Verhandlung vorzunehmen, indem ihm die Partei zuweilen durch ihre eigne Schuld, oder auch, wegen nicht zu beseitigender Hindernisse ohne ihre Schuld, die erforderliche Instruktion gar nicht oder doch nicht zeitig genug ertheilen kann, und er daher, statt des mündlichen Vortrages eine Schrift nachliefern muß. Geschieht dies aber ohne seine Schuld, so liegt es in der höchsten Billigkeit, daß ihm die doppelte Bemühung, die Abhaltung des Termins und die Abfassung der Schrift, jede für sich bezahlt wird, der der mechanischen Geschäftsbeforgung der Prokuratur angehörende Termin aber nur als Termin zweiter Klasse.

Allerdings ist dabei ein Mißbrauch möglich, allein wegen einer solchen Möglichkeit darf man die an sich gerechte Regel nicht aufgeben. Gegen einen solchen Mißbrauch giebt es keine Gewähr, als den guten Geist der Advokatur, und, da auf diesen nicht in allen Fällen zu rechnen ist, nur ein indirektes Mit-

tel, nämlich das von uns vorgeschlagene, daß der unterliegende Gegner die Kosten der nachgelieferten Schrift nicht zu ersetzen braucht. Ein jeder Advokat vermeidet aus leicht erkennbaren Gründen nach Möglichkeit solche Kosten, die auch seine obsiegende Partei selbst tragen muß, und diese Rücksicht, sowie der nach unverkennbaren Anzeichen sich regende gute Geist wird Mißbräuche seltener machen. Eine Untersuchung, ob die Partei oder der Sachführer schuld an dem verfehlten Zwecke des Termins sei, wird immer etwas gehässiges und selten ein sicheres Resultat haben.

Wenn dagegen das Gericht erst ein mündliches Verfahren und dann, durch eine Partei veranlaßt oder von amtswegen ein schriftliches angeordnet hat, so erscheint es billig, daß neben der Gebühr für die in diesem Falle zur zweiten Klasse zu rechnenden Termine, auch sämtliche statt der Terminsvorträge eingelieferten oder noch einzuliefernden Schriften nach der Schrifitentaxe vergütet werden.

Nro. 21. Die Charakteristik dieser Schriften fällt mit der der Termine erster Gattung zusammen und wird durch die im Entwurfe enthaltenen Beispiele anschaulich gemacht.

Da diese Schriften die *Sachdarstellung und Rechtsentwicklung* enthalten, so scheint nichts natürlicher, als den *äußeren Umfang und den inneren Werth* als *Maassstab der Vergütung zum Grunde zu legen*, allein triftige Gründe haben uns bewogen, nur den *Umfang* zum *Maassstabe* vorzuschlagen. Als normale Beschaffenheit einer solchen Schrift kann man nur die verlangen, wie sie ein Mann von gewöhnlichen geistigen Fähigkeiten und juristischen Kenntnissen bei gewissenhaftem Fleiße liefert. Für das, was darunter bleibt oder darüber geht, läßt sich ein sicherer Maassstab nicht auffinden, es würde eine förmliche richterliche Zensur und Kritik eintreten müssen, die ein völliges Schwanken zur Folge haben würde, und der wir uns ohne die größten Nachtheile und Kränkungen nicht unterwerfen können.

Wir haben uns daher unbedenklich für einen mit bloßer Berücksichtigung des Umfangs zu erzielenden mechanischen, mithin festen Maassstab entschieden, und demgemäß die *Bogenzahl* zum Grunde gelegt.

Hat man den konkreten Fall einmal ergründet, was aber, wie wir besonders hervorheben müssen, nur in dem Falle genügend geschehen kann und wird, wenn man für die Ergründung der faktischen Verhältnisse ein angemessenes Honorar bewilligt, so erscheint dann eine mechanische Taxe bloß nach Bogenzahl nicht unangemessen. Wenn sich, namentlich als Regel, die Arbeiten eines Advokaten bedeutend über das gewöhnliche Maass erheben oder bedeutend darunter bleiben, so tritt dann die Zensur des Publikums ein, die weit wirksamer ist, als die der Gerichte.

Indeß ist für solche Fälle, wo eine Arbeit zu auffallend unter der Norm bleibt, oder sonst der Schriftsteller einer offenbaren Ungehörigkeit Raum giebt, dem richterlichen Ermessen der gehörige Einfluß gewährt, und zugleich, durch

die vorgeschlagene Art seiner Geltendmachung; etwaigen Variationen thunlichst vorbeugt.

Wenn wir nun, von den Prozeßsachen über 100 Thlr. angerechnet, eine Erhöhung der jetzigen Taxen vorgeschlagen haben, so sind wir dabei von der allgemein anerkannten Ansicht ausgegangen, daß jene in größeren Sachen offenbar zu gering sind, und wir dürfen uns dabei auf das Beispiel des Nachbarstaats Hannover um so mehr berufen, als dort nicht allein eine höhere Taxe gilt, sondern auch außerdem die Prozeßführung für den Anwalt viel einträglicher ist, als die unserige, die vor den meisten in Deutschland den Vorzug der Einfachheit hat.

Indem wir ferner in Sachen über 2500 Thlr. für Supplikationsrechtfertigungen, sowie für Submissionschriften in der Instanz der Rechtsmittel eine höhere als die gewöhnliche Bogentaxe vorgeschlagen haben, sind wir von der Ansicht ausgegangen, daß diese Schriften dieselbe geistige Anstrengung erfordern, wie die Rechtfertigung eines Devolutivrechtsmittels. Bei einer solchen geht aber der eigentlichen Rechtsausführung immer eine Sachdarstellung voraus, die eine mehr oder weniger mechanische, jedenfalls leichtere Arbeit ist, und doch nach der sonst einschlagenden Bogentaxe bezahlt wird, bei den in Rede stehenden Schriften aber wegfällt. Nur durch eine etwas erhöhte Bogentaxe wird daher das Honorar für diese dem Honorare für Rechtfertigungen mehr gleichgestellt.

Nro. 22. Schriften zweiter Gattung. Ueber diese sowie über die allgemeinen Bemerkungen dürfte eine Erörterung nicht erforderlich sein.

### Dritte Abtheilung.

#### **Taxe in Konkursfachen, insolventen und anderen Nachlaßsachen und gerichtlichen Vermögensverwaltungen.**

##### **I. Gebühren für die Verwaltung.**

Die Entwerfung dieser Taxe ist mit den meisten Schwierigkeiten verbunden gewesen, weil einerseits der Stoff zu mannigfaltig ist, um sich leicht unter Kategorien bringen zu lassen, wenn diese nicht eben wegen ihrer zu großen Allgemeinheit unpraktisch und illusorisch werden sollen, anderentheils die bisherige Praxis wenig Anhaltspunkte zur Auffindung allgemeiner Grundsätze darbietet, indem man nach dem gerade vorliegenden Falle verfahren ist.

Wir sind daher bemüht gewesen, allgemeine Gesichtspunkte aufzufinden. Die Eintheilung der bei Konkursen u. s. w. vorkommenden Geschäfte in solche, die es dem Hauptzwecke nach mit dem Material der Masse zu thun haben, und in solche, die die Rechtsverhältnisse betreffen, scheint uns eine natürliche. Sie tritt bei Konkursen durch das deutlich geschiedene Amt des Kurators,

und des Kontraktors in die Erscheinung und wird, wenn auch keine äußerliche Trennung vorliegt, doch stets in der Idee festgehalten.

Natürlich haben wir auch bei unserer Bearbeitung diese Unterscheidung gemacht. Für die eigentlich rechtlichen Geschäfte, worunter überhaupt solche zu verstehen sind, zu denen auch ein geschäfts- und lebenserfahrener Mann sich eines Rechtsbeistands zu bedienen pflegt, hat es kaum einer besonderen Bestimmung bedurft, indem die verschiedenen übrigen Taxen vollkommen ausreichen.

Anders ist es aber mit den auf das Material der zu verwaltenden Masse gerichteten Bemühungen. Der Zweck dieser Bemühungen kann nach zwei entgegengesetzten Richtungen gehen, indem entweder die Veräußerung der Masse (wie bei gewöhnlichen Konkursen) oder umgekehrt die Erhaltung derselben (wie bei Lehns-Konkursen, Verwaltungen für Verschwender, Blödsinnige u. s. w.) erstrebt wird. Der Fall, wo beide Richtungen verbunden vorkommen, kann nicht als eine besondere Kategorie betrachtet werden.

Wir haben nun bei den auf die Verwaltung der Masse überhaupt gerichteten Arbeiten angenommen, daß sie alle diejenigen Geschäfte umfassen, zu denen es bloßer Routine und Erfahrung, wie man sie auch bei Richtjuristen häufig findet, nicht aber juristischer Kenntnisse bedarf, und dies ist unser Maßstab für den Wirkungsbereich sowohl, als für die Entschädigung des Verwalters gewesen.

Kommen aber Geschäfte vor, bei denen auch ein so gezeigenschafteter Richtjurist nach dem gewöhnlichen Gange der Dinge seine Zuflucht zu einem Rechtsbeistande zu nehmen pflegt, so würde er für dasjenige, was er diesem zu bezahlen hätte, von der Masse Ersatz fordern können. Daß nun der Verwalter selbst als Rechtsbeistand auftritt und diese über die Verwaltung hinausgehenden Arbeiten selbst leistet, kann kein Grund sein, ihm diejenige Belohnung dafür zu versagen, die er von dem Verwalter einer fremden Masse erhalten würde, wenn er für ihn diese Geschäfte verrichtete.

Rücksichtlich der auf diesen allgemeinen Gesichtspunkten beruhenden einzelnen Ansätze ist Folgendes zu bemerken.

Nro. 23. Die Information und Verwaltung. Wir haben unter A und B die beiden Hauptrichtungen der Vermögensverwaltung in's Auge gefaßt und zugleich die durch ein Zusammentreffen beider entstehenden Kombinationen.

Lit. A behandelt den Fall, wo eine Veräußerung der Masse behuf der Befriedigung von Gläubigern oder aus anderen Rücksichten erstrebt wird. Wir haben dafür eine Tantieme für den Kurator vorgeschlagen, weil dessen Bemühungen theils mit dem Veräußerungswerthe der Masse im Verhältnisse stehen, theils, wenn auch einzelne große Vermögensstücke, z. B. Güter u. s. w. vorhanden sind, eine desto größere Aufmerksamkeit erfordert wird, um eine möglichst vortheilhafte Veräußerung zu bewirken.

Vermöge der in einem Theile des Ertrags bestehenden Belohnung hat

der Verwalter selbst ein Interesse, die möglichst schnelle und vortheilhafte Realisirung der Masse herbeizuführen, und da dieses Interesse mit dem der Gläubiger und selbst des Gemeinschuldners zusammentrifft und dadurch jeder Grund zu eigennütziger Ausbeutung, namentlich eines geßfentlich in die Länge gezogenen Konkursverfahrens wegfällt, so glauben wir diese Art der Honorirung empfehlen zu dürfen.

Daß bei den vorgeschlagenen Prozenten Spielraum zwischen einem Maximum und einem Minimum gelassen ist, schien uns bei der großen Verschiedenartigkeit der einzelne Fälle unerlässlich.

Wenn man berücksichtigt, daß diese Vergütung alle Geschäfte umfaßt, denen ein für das Leben gebildeter Geschäftsmann gewachsen ist, und für die bis jetzt einzeln liquidirt wurde, so wird unser Vorschlag gewiß nicht unbillig erscheinen.

Unter Lit. B. haben wir für die Geschäfte behuf der Verwaltung einer Masse, deren Substanz erhalten wird, so daß es eben nur auf eine gute Verwaltung und auf die Ziehung von Nuzungen ankommt, keinen anderen Vorschlag zu machen gewußt, als eine Vereinbarung über ein auch jetzt übliches jährliches Honorar mit den Interessenten, oder dessen Festsetzung nach richterlichem Ermessen. Die Fälle einer derartigen Verwaltung sind so sehr verschieden, daß wir eine zuverlässige Grundlage für die Größe des Honorars nicht zu finden vermochten, indem so wenig der nicht einmal mit Sicherheit auszumittelnde Werth des zu verwal tenden Gegenstandes als der Ertrag der Nuzungen in allen Fällen ein sicherer Maasstab für die desfalligen Bemühungen ist. Die unter Lit. C und D enthaltenen Fälle sind eine Kombination der beiden Hauptrichtungen, und unsere desfalligen Vorschläge werden keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen.

Nro. 24. Auch dieser Ansaß wird keiner Erläuterung bedürfen.

## II. Gebühren für den Kontradiktor.

Da die hierunter begriffenen Geschäfte zu denen des Rechtsbeistandes gehören, so fallen dieselben ohne Ausnahme unter die Ansätze der übrigen Taren. Nur rücksichtlich des Ansages Nro. 27 bemerken wir, daß der die Rechtsvertretung der Masse rücksichtlich der an dieselbe gemachten Ansprüche besorgende Rechtsbeistand (Kontradiktor, Kurator ad lites) von dem Kurator völlig verschieden ist, an dem dem letzteren zugebilligten Honorare keinen Antheil und nur die Liquidationsprozesse zu führen hat. Er kann für die vielen Nebenbemühungen, nach Analogie der gewöhnlichen Zivilprozesse, gewiß mit dem größten Rechte eine Vergütung in Anspruch nehmen, wofür wir ein mäßiges Pauschquantum nach Verhältniß der Größe der Masse angemessen gehalten haben.

## Vierte Abtheilung.

## Taxe in Kriminalprozessen.

Sofern man bei dieser Taxe von demselben Gesichtspunkte ausgehen könnte, wie bei den übrigen, dürfte über die von uns vorgeschlagenen Ansätze kaum eine Bemerkung erforderlich sein; die Schriftentaxe No. 29 entspricht dem bisherigen Gebrauche, und ebenso dürften die übrigen Ansätze durchaus angemessen erscheinen. Daß auch für die bei größeren Vertheidigungen so höchst wichtige und mühsame Einsicht der Akten eine nach Verhältniß der Arbeit durch das richterliche Ermessen zu bestimmende angemessene Vergütung gewünscht wird, ist zu sehr in der Natur der Sache begründet, um einen erheblichen Widerspruch finden zu können.

Allein es ist noch ein anderer Gesichtspunkt aufzufassen, nämlich der, daß erfahrungsmäßig die meisten zu vertheidigenden Angeschuldigten arm sind, und für solche der Staat die Vertheidigungsgebühr übernommen hat. In Beziehung auf diese wird namentlich von den Obergerichten die Taxe um ein Drittel ermäßigt, für die Information durch Studium der Akten aber durchschnittlich nur eine feststehende geringe Vergütung zugebilligt.

Wir halten eine Abänderung dieses Verfahrens für erforderlich, und erlauben uns daher über dessen Berechtigung und Zweckmäßigkeit Folgendes zu bemerken.

Unsere Gesetzgebung hält offenbar das Recht der Vertheidigung hoch in Ehren, sie hat solche in wichtigeren Fällen sogar als absolut nothwendig vorgeschrieben, und die Kosten der Vertheidigung ärmerer Inquisiten auf die Staatskasse angewiesen. Mit diesen liberalen Grundsätzen steht es aber nicht im Einklange, wenn durch eine, irren wir nicht, von den Gerichten ausgehende Praxis das Honorar für die Vertheidigung armer Inquisiten herabgesetzt wird. Es entsteht dadurch zunächst eine Rechtsungleichheit zwischen dem Armen und dem Reichen, und auf der anderen Seite wird die Last der Bezahlung der Armen-Vertheidigungen, welche dem ganzen Staate obliegt, zu einem Drittel dem Advokatenstande aufgebürdet, denn wenn diesem von der üblichen Gebühr für seine Arbeit ein Drittel abgezogen wird, ist es eben so gut, als ob er dieses Drittel selbst bezahlt, sein Einkommen wird immer um so viel vermindert.

Man sagt wohl, eine höhere Rücksicht müsse den Advokaten bestimmen, ohne Rücksicht auf die bessere oder schlechtere Bezahlung seine Pflicht zu thun. Glaubt man aber in allen Fällen mit einem solchen Prinzip auszureichen, so wird man durch die der Natur des Menschen entsprechende Lebenserfahrung widerlegt, daß das abstrakte Pflichtgefühl allein selten ausreicht, und daß einer der stärksten Hebel zur Pflichterfüllung das Interesse oder der Genuß ist, die sich mit derselben verknüpfen.



Berücksichtigt man noch, daß der Advokat zur Uebernahme solcher Arbeiten gezwungen, dabei streng an eine Zeit gebunden ist; berücksichtigt man ferner, daß durch die Herabsetzung seiner Gebühr eine für die Staatskasse kaum nennenswerthe Ersparniß entsteht, so erscheint es kleinlich und für den Advokaten drückend, daß der Staat, wenn er einmal die Vertheidigungen für die Armen bezahlt, die Arbeit um ein Drittel wohlfeiler verlangt, und der Wunsch, daß eine solche Verkürzung künftig wegfalle, gewiß als ein sehr gerechtfertigter.

### Fünfte Abtheilung.

#### Tare in außergerichtlichen Sachen.

Wir haben hierbei die Eintheilung der Arbeiten in eigentlich geistige und in solche, die mehr Zeit und Gewandtheit erfordern, durchzuführen gesucht.

Die Konsultationen, Schriften und Termine vor nicht richterlichen Behörden, Nro. 35 bis 37, sind ganz wie die analogen Bemühungen in gerichtlichen Sachen behandelt.

Bei den Ansätzen Nro. 38 und 39 sind wir von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß der Anwalt das Jahr zu 300 Arbeitstagen berechnen, und wenn er gehörig beschäftigt ist, alsdann, je nach der Art und Wichtigkeit der Geschäfte, von 600 bis 1500 Thlr. verdienen muß, nach welchem Maaßstabe sich die ausgeworfenen Ansätze für den Tag rechtfertigen, welchem auch, wenn man den Tag, die zu den nothwendigen wissenschaftlichen Studien erforderliche Zeit nicht mit einbegriffen, zu 6 Arbeitsstunden rechnet, die Tare für die einzelnen Stunden entspricht.

Die Ansätze Nr. 40 und 41 sind die bisher üblichen und gewiß auch an sich angemessen.

Daß die Gebühren nach der Größe des Gegenstandes gesteigert werden, rechtfertigt sich dadurch, daß das Publikum sich bei größeren und wichtigeren Angelegenheiten vorzugsweise an die stark beschäftigten Anwälte wenden wird, welche daher nur durch eine höhere Bezahlung für ihre Versäumniß angemessen entschädigt werden.

Daß endlich bei Geschäften dieser Art eine freie Vereinbarung gestattet wird, scheint uns nach der Natur dieser Angelegenheiten gerechtfertigt.

### Sechste Abtheilung.

#### Notariatstage.

Das Notariatsamt ist, seinem ursprünglichen Begriffe und Zwecke nach, von dem des Advokaten und Anwalts wesentlich verschieden; dem Begriffe nach besteht dieser Unterschied auch jetzt, und wird immer bestehen.

Mancherlei Gründe haben indeß dazu beigetragen, eine sehr enge, wenigstens äußerliche Verbindung der Advokatur und des Notariats in unserm Lande herbeizuführen. Wir rechnen dahin namentlich die gesetzliche Bestimmung, daß nur den Advokaten das Amt eines Notars verliehen werden soll, eine Bestimmung, die theils nothwendig ist, weil bei der konkurrirenden freiwilligen Gerichtsbarkeit der Ämter und Stadtgerichte und der gesetzlich vorgeschriebenen Konfirmation der auf ländliche Realrechte sich beziehenden Akte niemand von Notariatsgeschäften allein bestehen kann; theils offenbar nützlich, weil bei sehr vielen Notariatsakten die Kontrahenten eines Rechtsbestandes bedürfen, und es ihnen daher sehr erwünscht sein muß, diesen zugleich in der Person des Notars zu finden.

Eine gesetzliche Feststellung der Advokatenstare muß daher eine ähnliche rücksichtlich der Notariatsstare nothwendig erscheinen lassen, und da über die Notariatsgebühren fast alle gesetzliche Bestimmungen fehlen, und das Bedürfniß einer Taxe für dieselben längst gefühlt ist, so hat uns dies bewogen, auch eine solche zu entwerfen.

Wir haben dabei im Wesentlichen dieselben Grundsätze befolgt, wie bei den übrigen Taxen, und sind eben deshalb von der bisherigen Praxis insofern abgewichen, als wir die Gebühren in ein passendes Verhältniß zu dem Gegenstande des Geschäfts zu bringen gesucht haben. Wir haben darin einen Vorgang in der Sportelordnung vom 10ten Mai 1835 in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in der Westphälischen Notariatsstare vom 14ten Mai 1810, und in der Preussischen, der Notariatsordnung von 25sten April 1822 beigefügten Taxe gefunden, außerdem ist solches thatsächlich wenigstens bis jezt vielfach beobachtet. Wir haben dabei nach Einfachheit und Uebersichtlichkeit gestrebt, bei den einzelnen Ansätzen selbst nicht nur das Interesse der Notare, sondern auch das des Publikums vor Augen gehabt, und dürfen behaupten, daß bei der praktischen Anwendung das Ergebnis derselben im Vergleich zu der jezt bestehenden durchaus unsicheren und fast willkürlichen Taxe für das Publikum kein ungünstigeres sein wird.

Diesjenigen Bemühungen eines Notars, die, ohne seiner eigentlichen Amtsthätigkeit anzugehören, mit derselben verbunden werden (Nro. 42), fallen in einen dem Notariatsamte fremden Wirkungskreis, und es ist daher auf die die Taxe für diesen hingezigt.

Bei den eigentlichen Notariatsgeschäften dagegen liegt im Wesentlichen der bisherige Gebrauch zum Grunde; der Ansatz für Proteste, Nro. 48, insbesondere beruhet ganz auf diesem.

### Dritter Abschnitt.

#### Auslagen.

---

Wir haben hierbei alles soviel als möglich auf fest bestimmte Sätze zurückzuführen gesucht.

Nro. 54 ist das bis jetzt übliche Quantum.

Nro. 55. Auch diese Transportkosten Lit. A. stimmen im Allgemeinen mit der bisherigen Observanz überein.

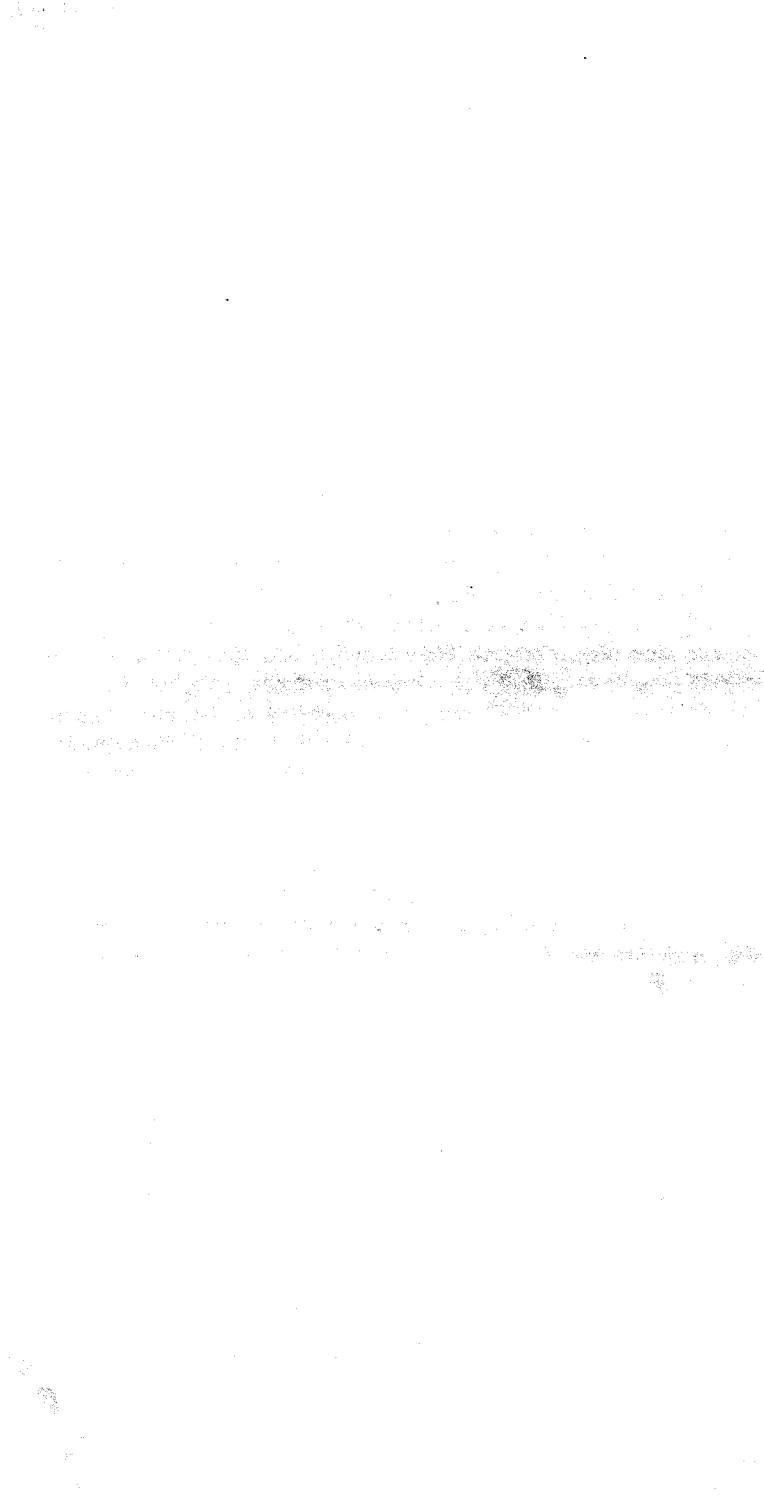
Für Versäumnisse und Diäten sind bis jetzt allerdings nur 2 Thlr. für jede nur einen Tag erfordernde Reise bewilligt. Die Unangemessenheit dieser Entschädigung ist aber längst und allgemein anerkannt, auch hat kein Anwalt, der einigermaßen vom Publikum gesucht ist, sobald es sich nicht von kurzen Reisen zu Terminen in der Nachbarschaft handelte, sich dazu hergegeben, für 2 Thlr. einen ganzen Tag für seine Geschäfte zu verlieren. Die von uns vorgeschlagene Erhöhung ist daher gewiß eine billige, und die Steigerung nach dem Gegenstande beruht auf Gründen, die wir schon früher auseinander gesetzt haben.

Die übrigen Nebenbestimmungen dürften der Sache angemessen erscheinen, und die Ansätze Nro. 56 Lit. B., da hier eine Trennung der Reise von dem Geschäfte selbst schwierig ist, sich sowohl durch Zweckmäßigkeit als durch Billigkeit empfehlen.

Braunschweig, den 7. Mai 1847.

#### Die Kommission:

Hollandt,	H. Rothschildt,	Schaper,	Schulz,	Dr. Tries,
aus Braunschweig.		aus Wolfenbüttel.		aus Braunschweig



Im Verlage von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig ist erschienen:

**Lehrbuch**  
des  
**deutschen gemeinen Criminalprocesses,**  
mit  
besonderer Berücksichtigung  
der  
**deutschen Particularrechte,**  
bearbeitet von

**Dr. W. Müller,**  
ordentlichem Professor der Rechte an der Universität zu Siegen.  
gr. 8°. Belinpapier. geh. Preis: 2 Thlr. 16 Sgr.

Wir glauben dieses vortreffliche Buch nicht besser empfehlen zu können, als durch das nachstehende Urtheil eines der ausgezeichnetsten deutschen Criminalisten:

„In dem vorliegenden Werke ist der deutsche gemeine Criminalproceß in einer so vollkommen zweckmäßigen Ordnung vorgetragen, daß kaum irgend etwas zu wünschen übrig sein möchte. In äußerst gelehrten, mit der größten Sorgfalt ausgearbeiteten Noten, welche kleine Excurse bilden, sind die mannichfachen Controversen abgehandelt, welche der Criminalproceß bekanntlich in so bedeutender Menge darbietet, und stets erkennt man in der Ausfüßung dieser den Scharfsinn und die gründliche Wissenschaft des Verfassers. Die Einleitung, welche sich über Begriff, Quellen, Hülfsmittel und Methode des gemeinen deutschen Criminalprocesses erstreckt, behandelt diese wichtigen Gegenstände ebenfalls mit einer erschöpfenden Gründlichkeit. — Nach allem diesem kann man das ganze Werk nur ein vortreffliches nennen, welches eben so sehr zu einem akademischen Compendium, wozu es eigentlich bestimmt ist, als seiner großen Reichhaltigkeit wegen, zu einem Handbuch für Richter und Sachwalter passend erscheint. Als ein solches benutzt es der Unterzeichnete, und gesteht gern, daß es ihn stets vollkommen befriedigt hat.“

R. F. von Strombeck.“

**Jahrbücher**  
für  
historische und dogmatische  
**Bearbeitung des römischen Rechts.**  
Herausgegeben von

**Dr. Karl Sell und Dr. Wilhelm Sell,**  
ordentlichen Professoren der Rechtswissenschaft an den Universitäten in  
Bonn und Siegen.

8. geh. Erschienen sind: Erstes bis neuntes Heft (Band I. — III).  
Preis jedes Heftes: 16 Sgr.

Die  
**Aufgabe des Advokatenstandes**  
in  
constitutionellen Staaten.  
Von  
**R. Steinacker.**

gr. 8. fein Belinpap. geh. Preis 20 Sgr.